

Zeitschrift:	Jahrbuch für Solothurnische Geschichte
Herausgeber:	Historischer Verein des Kantons Solothurn
Band:	83 (2010)
Artikel:	"Ein Monstrum fürs Niederamt?" : Regionale Reaktionen auf das AKW-Projekt in Gösgen, 1969-1975
Autor:	Kieffer, David
Kapitel:	4: Gösgen im Gegenwind
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-325269

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gestockt und der Bau eines neuen Gemeindehauses in Angriff genommen.²⁰³ Die Belastungen, welche die verschiedenen Projekte für die Gemeinde mit sich brachten, reizten die Möglichkeiten des Milizsystems aus und brachten eine kleine Gemeinde wie Däniken an ihre Grenzen. Die Mitglieder des Gemeinderates und der Baukommission waren alle ehrenamtlich tätig und darüber hinaus auf dem Gebiet der Kraftwerkstechnik grösstenteils Laien. Der hohe Arbeitsaufwand, der durch das AKW-Projekt anfiel, verlangte den Behördemitgliedern vieles ab. Wenn Einzelne dabei an den Rand der Überforderung gelangten, dann lag dies wohl weniger an ihren Fähigkeiten, als viel mehr an der ungewöhnlichen lokalen Häufung von Grossprojekten und an gesetzlichen Bestimmungen, die den Gemeindebehörden im Falle solcher Projekte sehr viel Aufwand zumuteten.

4. Gösgen im Gegenwind

4.1. Aufkeimender Widerstand gegen AKWs in der Schweiz²⁰⁴

4.1.1. Atomkraft als Hoffnungsträgerin

Bis Ende der 1960er-Jahre war Widerstand gegen die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz kein öffentliches Thema. Warnende Stimmen blieben selten, die frühen AKW-Gegner hatten grosse Schwierigkeiten, überhaupt wahrgenommen zu werden. In der Öffentlichkeit war man sich darüber einig, dass die sogenannte «friedliche Nutzung» der Atomenergie sehr positiv zu bewerten sei, die Atomenergie wurde in der von Wachstums- und Fortschrittsideologie geprägten Gesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahre gar als Versinnbildlichung des technischen Fortschritts schlechthin gesehen. Der Bundesrat drängte anfangs der 1960er-Jahre auf einen raschen Einstieg in die Atomenergienutzung. Sogar die schweizerische Antiatombewegung, die in den 1950er- und 1960er-Jahren gegen eine atomare Aufrüstung gekämpft hatte, unterstützte die «friedliche Verwendung» der Atomenergie. Die Naturschutzverbände, allen voran der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN), forderten

²⁰³ Der Gemeinderat konnte bis dahin lediglich über einzelne Zimmer im Schulhaus verfügen.

²⁰⁴ Einen umfassenden Überblick über das Aufkommen von Widerstand gegen Atomkraft und die Entstehung der Anti-AKW-Bewegung in der Schweiz bietet die Dissertation von Kupper: Kupper (wie Anm. 2), 105–170.

lautstark einen Einstieg in die Atomenergienutzung.²⁰⁵ Während ihres erbitterten Widerstands gegen die stets grösser dimensionierten Wasserkraftwerke in den 1950er- und 1960er-Jahren avancierte die Atomenergie zur grossen Hoffnungsträgerin, die als «umweltfreundliche Alternative» den Bau von weiteren hydraulischen Grosswerken und von der Energiewirtschaft geplanten konventionellen thermischen Kraftwerken überflüssig machen würde. So wurden die ersten drei Atomkraftwerke der Schweiz zwischen 1965 und 1972 ohne nennenswerten Widerstand erbaut und in Betrieb genommen.²⁰⁶ Da die Elektrizitätswirtschaft dank dem AKW-Bau auf umstrittene hydraulische und konventionell-thermische Kraftwerkprojekte verzichtete, begann in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre eine kurze Phase des «energiepolitischen Friedens».²⁰⁷

4.1.2. Erster Widerstand in Kaiseraugst

Der Konsens war aber nur von kurzer Dauer, bereits im Jahr 1969 war es mit dem Frieden in der Elektrizitätsbranche wieder vorbei. Damals wurde das bis dahin kaum umstrittene Atomkraftwerkprojekt in Kaiseraugst «innerhalb weniger Monate zu einem nationalen Politikum».²⁰⁸ Auslöser dafür war die Publikation des Berichts der Kommission Baldinger, der vom Bundesrat in Auftrag gegeben worden war, im März 1969. Darin wiesen die Experten des Eidgenössischen Amtes für Gewässerschutz auf die Problematik der Flusswassererwärmung durch die Kühlsysteme der AKWs hin und warnten vor einschneidenden Folgen.²⁰⁹ Diese Warnung verhallte nicht ungehört. Der Gewässerschutz hatte innerhalb der schweizerischen Naturschutzbewegung eine lange Tradition, und so wurde die Problematik von den Naturschützern rasch aufgenommen und heiss debattiert.

Die lancierte Diskussion um die Flusswassererwärmung führte in der Region Kaiseraugst bald zur Konfrontation mit einer weiteren Problematik des AKW-Baus. In Basel erkannten die Politiker, dass sie bei der bisherigen Projektierung des AKWs in Kaiseraugst völlig übergegangen worden waren. Auf Grund der in der schweizerischen Atomgesetzgebung vorgesehenen Bewilligungsprozesse wurde nur

²⁰⁵ Kupper (wie Anm. 49), 230.

²⁰⁶ Graf, Nicole: Das Zeitalter der subatomaren Energie? Die Deutungsmuster der Kernenergie zwischen 1969 und 1985, in: Eisner, Manuel u.a. (Hrsg.): Risikodiskurse. Die Dynamik öffentlicher Debatten über Umwelt- und Risikoprobleme in der Schweiz. Zürich 2003, 125–151, hier 134. Beznau I nahm am 1. 9. 1969 den Betrieb auf, Beznau II folgte am 1. 12. 1971 und Mühleberg schliesslich am 6. 11. 1972.

²⁰⁷ Kupper (wie Anm. 2), 64.

²⁰⁸ Kupper (wie Anm. 2), 119.

²⁰⁹ Vgl. Kapitel 2.2.2.

der Standortkanton in die Vernehmlassung des Standorts einbezogen, im Falle von Kaiseraugst war dies der Kanton Aargau. Kaiseraugst lag aber nur rund zehn Kilometer von der Stadt Basel entfernt, wodurch die Region Basel am stärksten von den erwarteten Auswirkungen des AKWs betroffen gewesen wäre. Auf Grund des Verlaufs der Kantongrenze konnten die Basler jedoch weder offiziell auf den Entscheidungsprozess Einfluss nehmen, noch sollten sie von den Steuerzahlungen des Atomkraftwerks profitieren. Gemäss den Darstellungen Kuppers fühlten sich die Basler Kantone übergegangen und versuchten die fehlenden politischen Möglichkeiten durch politischen Druck zu kompensieren. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, brachten sie nicht nur die Kühlwasserfrage öffentlich zur Sprache, sondern wiesen auch auf andere Probleme der Atomkraft hin, etwa die Strahlengefahr oder die Problematik der radioaktiven Abfälle.²¹⁰

Im Mai 1970 organisierte sich der Widerstand im Raum Basel auf regionaler Ebene im Nordwestschweizerischen Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK). Das NAK war die erste regionale Anti-AKW-Organisation der Schweiz und wurde in den folgenden Jahren «zum Sammelbecken der Opposition» gegen das AKW Kaiseraugst. Zu Beginn des Jahres 1972 zählte es bereits 1200 Einzelmitglieder sowie vierzehn Gemeinden als Kollektivmitglieder. Der Widerstand richtete sich in erster Linie gegen die Erstellung eines Atomkraftwerks in dicht besiedeltem Gebiet und gegen die «weltweit einmalige Häufung von Kernkraftwerken» im Raum des Dreiländerecks.²¹¹ Dem frühen Widerstand lagen weder Ängste vor den Risiken der Atomenergie zu Grunde, noch richtete er sich grundsätzlich gegen den Bau von Atomkraftwerken. Die frühen AKW-Gegner betonten immer wieder, dass sie die Atomenergienutzung grundsätzlich befürworteten. Sie hätten es sich auch gar nicht leisten können, sich gegen die Atomenergie auszusprechen. Da diese noch bis Anfang der 1970er-Jahre uneingeschränkt als Sinnbild des technischen Fortschritts galt, wären sie mit einer solchen radikalen Position gar nicht ernst genommen worden.²¹² In dieser Phase des Widerstands

²¹⁰ Kupper (wie Anm. 49), 231 f.

²¹¹ Kupper (wie Anm. 2), 120. Neben dem Werk in Kaiseraugst waren in Leibstadt und Beznau sowie jenseits der Grenzen zu Frankreich und Deutschland in Fessenheim (F), Whyly (D) und Schwörstadt (D) Atomkraftwerke geplant.

²¹² Kupper (wie Anm. 2), 121. Wie wenig Aufmerksamkeit die Öffentlichkeit dem Unfallrisiko von AKWs schenkte, zeigte sich auch beim Unfall im Schweizer Versuchskernkraftwerk in Lucens im Jahr 1969. Dieser wurde zwar öffentlich wahrgenommen, man kritisierte aber in erster Linie die verfehlte Förderungspolitik des Bundes. Fragen zum Risiko von Atomkraftwerken standen nicht im Vordergrund. Die Betreiber stellten den

ging es vielmehr um einzelne Aspekte des Atomkraftwerkbaus, so zum Beispiel das zentralistische Bewilligungsverfahren oder spezifische Merkmale der projektierten AKWs wie die Flusswasserkühlung oder später dann die Ästhetik des Kühlturms. Auch bediente man sich in dieser frühen Phase des Widerstands vor allem juristischer Mittel zum Kampf gegen die konkreten Projekte.

4.1.3. Stimmungsumschwung und grundlegende Opposition

In den Jahren 1972 und 1973 begannen sich die Interpretationsmuster der Atomenergie grundlegend zu ändern. In diesen Jahren entstand «im Zeichen der ökologischen Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung» eine Gegnerschaft, welche die Atomenergie aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ablehnte.²¹³ Als erste nationale Organisationen stellten im Frühling 1973 die Umweltverbände Atomkraftwerke grundsätzlich in Frage. Während die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) mit ihrer Forderung nach der Erarbeitung einer Gesamtenergikonzeption einen klaren Positionsbezug noch vermied, wurde der WWF mit dem Ruf nach einem AKW-Moratorium bereits deutlicher.²¹⁴ Die Haltung der Umweltverbände hatte sich damit innerhalb weniger Jahre fundamental verändert.

Diese Verschiebung der Positionen ist im Zusammenhang mit der sich wandelnden öffentlichen Wahrnehmung der Umweltzerstörung zu Beginn der 1970er-Jahre zu verstehen. Kupper bezeichnet diesen Prozess als «1970er Diagnose» und will darin zum Ausdruck bringen, dass nicht die Faktenlage neu war, sondern ihre Beurteilung.²¹⁵ Die Umweltfrage gewann innert weniger Jahre stark an Bedeutung und erhielt eine neue Qualität.²¹⁶ Nachdem die umweltpolitischen Anliegen noch Ende der 1960er-Jahre wenig Beachtung gefunden hatten, entwickelte sich der Umweltschutz plötzlich zum zentralen Thema und wurde in breiten Kreisen als vordringliches Problemfeld der Gesellschaft anerkannt.²¹⁷ Fragen wie die Verschmutzung von Luft und Wasser und die Belastung des Menschen durch Lärm

Vorfall von Lucens vielmehr als Beleg für das Funktionieren der Sicherheitssysteme dar.
Vgl. Kupper (wie Anm. 2), 116.

²¹³ Kupper (wie Anm. 49), 233.

²¹⁴ Kupper (wie Anm. 2), 142.

²¹⁵ Kupper (wie Anm. 49), 228. Diese Begriffsbildung erfolgte in Anlehnung an Christian Pfister, der für die nachhaltige Belastung der Umwelt durch die Prosperität der Nachkriegsjahre den Begriff «1950er Syndrom» prägte.

²¹⁶ Kupper, Patrick: Die «1970er Diagnose». Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), 325-349, hier 330.

²¹⁷ Kupper (wie Anm. 2), 133.

erhielten in der Öffentlichkeit eine steigende Aufmerksamkeit.²¹⁸ Seit dem Ende der 1960er-Jahre hatte eine Reihe von wissenschaftlichen Publikationen erschreckende Prognosen für die Zukunft abgegeben. Im Frühling 1972 erschien als Höhepunkt dieser Veröffentlichungen der vom Club of Rome in Auftrag gegebene Bericht über die «Grenzen des Wachstums» und erregte weltweit grosses Aufsehen. Der Bericht stellte die Ideologie des steten Wachstums grundlegend in Frage und prognostizierte apokalyptische Zukunftsszenarien, falls der ressourcenintensive Wachstumstrend nicht gebrochen werden könne. Dieser Aspekt wurde fortan zur Schlüsselfrage des Umweltdiskurses. Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt wurden nicht mehr länger als zwingende Grössen akzeptiert, vielmehr waren es nun die ökologisch definierten Grenzen, welche den Massstab für die gesellschaftliche Entwicklung bildeten.²¹⁹ Dieser neue Blickwinkel schlug sich bald auch in der Atomenergiediskussion nieder und bewirkte einen Wechsel der Perspektive, unter der die Probleme der Atomenergie betrachtet wurden. Es ging nicht mehr länger um einzelne, isolierte Aspekte des Natur- oder Heimatschutzes wie Flusswasserqualität oder Kühltürme. Vielmehr wurden nun die Atomkraftwerke in einen Zusammenhang mit den grundlegenden gesellschaftlichen Problemen gestellt.²²⁰ Die zusätzliche Energie, welche Atomkraftwerke bringen würden, sei unerwünscht, «da ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum die Umwelt nur noch zusätzlich belaste», argumentierte der Schweizerische Bund für Naturschutz im Sommer 1974 in seinem «Manifest gegen die Energieverschwendung».²²¹

Parallel dazu beschleunigte sich im Rahmen der «gesellschaftlichen Orientierungskrise der Jahre um 1970» ein Prozess, durch den sich die öffentliche Wahrnehmung der Wissenschaft grundlegend veränderte. Kupper spricht mit Weingart von einer «Verwissenschaftlichung der Gesellschaft bei einer gleichzeitigen Vergesellschaftung der Wissenschaft», die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts festzustellen sei. Während auf der einen Seite der gesellschaftliche Stellenwert des Wissens zunahm, verlor die Wissenschaft auf der anderen Seite ihren Sonderstatus als «Definitionsmacht wissenschaftlichen Wissens». Wissen, das in den Jahren zuvor als gesichert

²¹⁸ Bezüglich der Frage, was diese neue Wahrnehmung ausgelöst hat und warum die Umweltfrage gerade zu diesem Zeitpunkt aktuell wurde, sei verwiesen auf Kupper (wie Anm. 216).

²¹⁹ Kupper (wie Anm. 216), 345.

²²⁰ Kupper (wie Anm. 49), 234.

²²¹ Ebd.

galt, wurde mit einem Mal hinterfragt. Durch die «Erosion der Expertenmacht» wurde die Unabhängigkeit der Experten ebenso in Frage gestellt, wie ihre alleinige Zuständigkeit für bestimmte Fragen. Der Glaube an die Möglichkeit einer verlässlichen wissenschaftlichen Expertise wurde grundsätzlich erschüttert, zu jeder Expertenmeinung fand sich eine Gegenmeinung, die das scheinbar gesicherte Wissen zu widerlegen schien. Diese «Desavouierung der Experten» zeigte sich insbesondere in der Kontroverse um die Atomenergie. Die stets beteuerte Unbedenklichkeit der nuklearen Technologie wurde plötzlich hinterfragt, und die Frage der radioaktiven Abfälle wurde als Problem wahrgenommen, nachdem die Lösbarkeit der Endlagerung zuvor kaum je in Frage gestellt worden war.²²²

Die Diskussion um die ökologisch definierten Grenzen des Wachstums und die Erosion der Expertenmacht waren zwei Einflüsse, welche die Kontroverse um die Nutzung der Atomenergie fundamental veränderten. Zum ersten Mal wurden Atomkraftwerke als Ganzes aus einer grundlegenden Überzeugung heraus abgelehnt, während gleichzeitig grosse Unklarheit darüber bestand, wem denn überhaupt in der Diskussion um AKWs geglaubt werden kann. Diese veränderten Voraussetzungen verliehen dem Widerstand gegen die Atomkraftwerke eine vollkommen neue Qualität.

4.2. Stimmung in der Region

4.2.1. Reaktionen der regionalen Bevölkerung

Auch im Niederamt, der Standortregion des geplanten Kernkraftwerks Gösgen, bildete sich gegen Ende des Jahres 1972 eine Opposition heraus, welche den Bau des Werks grundlegend in Frage stellte. Auf die öffentliche Bekanntmachung der AKW-Baupläne der ATEL im Herbst 1969 hatte man in der Region noch vornehmlich positiv reagiert. Breite öffentliche Kritik blieb in den ersten Jahren nach der Lancierung des Projekts aus. Zwar waren schon zu dieser Zeit anonyme Flugblätter gegen das AKW im Umlauf,²²³ und im Däniker Gemeinderat nahm man Anstoß an «tendenziösen Zuschriften», die der Gemeinde zugestellt worden waren.²²⁴ Von offenem Widerstand konnte aber keine Rede sein. Gleichwohl brachte das geplante Projekt schon damals einige Unruhe in die Region. In den Däniker Gemeinderatsprotokollen ist immer wieder von Missstimmungen unter den

²²² Kupper (wie Anm. 2), 181 ff.

²²³ Wyser (wie Anm. 37), 18.

²²⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 29.6.1970.

Gemeinden des Niederamts die Rede, welche durch das geplante AKW ausgelöst wurden. Ein stetes Thema waren die Einwände und Beschwerden der umliegenden Einwohnergemeinden, die als Druckmittel in den Verhandlungen um die Verteilung der Steuerverträge des AKWs verstanden wurden. Diese Verhandlungen zogen sich über mehr als zwei Jahre hin und wurden teilweise erbittert geführt. Die Protokolle des Däniker Gemeinderats sind an verschiedenen Stellen geprägt vom rüden Ton, in dem diese Auseinandersetzung ausgetragen wurde.²²⁵

Gegen Ende des Jahres 1972 wurde in der Region dann aber auch die grundlegende Kritik am geplanten Atomkraftwerk immer hörbarer. Im Dezember 1972 sorgte die Verteilung der Denkschrift eines Biologen aus der Region für Aufsehen. Auf drei Seiten wurden unter dem Titel «Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken bedroht unsere Region!» die Unsicherheit der AKWs, die grosse Gefahr der ständig austretenden Radioaktivität und die Belastungen durch den Kühl-turm gegeisselt.²²⁶ Auch im Rahmen verschiedener Versammlungen verliehen kritische Bürger ihrem Unmut über das Projekt Ausdruck. So seien im Mai 1973 an einer Orientierungsversammlung in Niedergösgen die Däniker Behörden «schwer angegriffen» worden. Die Versammlung endete gemäss den anwesenden Däniker Gemeinderäten «wie es kommen musste», nämlich «im Tumult».²²⁷ An einer anderen Versammlung der AKW-Gegner in Schönenwerd wurde der damalige Däniker Baupräsident Werner Brühlmeier von der Menge «ausgepfiffen und ausgelacht» und an einer Stellungnahme gehindert.²²⁸

4.2.2. Erste Kritik in Däniken

Auch in Däniken liessen sich gegen Ende des Jahres 1972 erste kritische Stimmen gegen die AKW-Pläne vernehmen. An einer Gemeindeversammlung im Dezember äusserten sich mehrere Personen im Rahmen der Debatte über den Steuerverteiler auch grundlegend zum geplanten Atomkraftwerk. Insgesamt finden sich zwischen 1969 und 1975 sechs Gemeindeversammlungsprotokolle, in denen Wortmeldungen zum AKW-Projekt vermerkt wurden.²²⁹ An der ersten

²²⁵ Vgl. Kapitel 3.4.1

²²⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Denkschrift «Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken bedroht unsere Region!», verm. Dezember 1972.

²²⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 21.5.1973.

²²⁸ Brühlmeier (wie Anm. 98).

²²⁹ Lediglich an zwei Versammlungen war dabei auch ein Geschäft traktandiert, das einen Bezug zum AKW-Projekt aufwies. Auch diese zwei Geschäfte hatten nur indirekt mit dem Projekt zu tun, das Atomkraftwerk als solches war nie ein offiziell traktandiertes

Gemeindeversammlung, an der über das AKW informiert wurde, beschränkte sich die Debatte auf die Frage eines Einwohners, der wissen wollte, ob das Kernkraftwerk zu verhindern sei. Nach der abschlägigen Antwort des Gemeindeammanns wurden keine weiteren Wortmeldungen gemacht. Nach dieser Gemeindeversammlung im Juni 1970 verstrichen eineinhalb Jahre, bis das Atomkraftwerk erneut an einer GV thematisiert wurde. An der Versammlung im Dezember 1972 bezogen verschiedene kritische Einwohnerinnen und Einwohner Stellung gegen das Kraftwerk-Projekt. Interessanterweise wurden dabei bereits verschiedene grundlegende Argumente gegen die Atomkraftwerke vorgebracht, die gerade erst im Rahmen des Diskurses um die Begrenztheit des Wachstums aufgekommen waren. So wurde im GV-Protokoll das folgende Votum einer älteren Dorfbewohnerin festgehalten: «Wir sollen uns nicht von den grossen Steuerzahlen blenden lassen. Die Menschheit wird auf einen verschwenderischen Stromverbrauch hingetrieben. Bei haushälterischem Umgang sei genug Strom vorhanden. Die Berichte der Biologen zum Atomkraftwerk lauten anders als die Vorteile, die uns weisgemacht werden. Das Werk ist nichts harmloses, alles wird aufdiktiert. Nach den Worten der Sprecherin ist das Werk nur der Hochfinanz und der Industrie zweckdienlich».²³⁰ Offenbar hat der schweizweite Stimungsumschwung in den Jahren 1972 und 1973 damals auch in der Däniker Dorfbevölkerung Spuren hinterlassen. Neben dem Bezug zur Umweltfrage klingen in dem Votum auch Vorstellung an, wie sie später von Teilen der Anti-AKW-Bewegung vertreten und 1977 von Robert Jungk in seinem Buch «Der Atomstaat» auf den Nenner gebracht wurden.²³¹ Die scheinbar unkontrollierte Macht der «Atom-Lobby», die nach ihren Wünschen und zu ihrem Vorteil schalten und walten kann, scheint auch einigen Dänikern suspekt gewesen zu sein. Gleichzeitig spricht die Rednerin dem Atomkraftwerk auch die Harmlosigkeit ab, die von den Bauherren und Experten stets von neuem beteuert wurde. Mit dieser Sichtweise war sie nicht allein, auch andere Personen äusserten sich kritisch zur Sicherheit des AKWs. Ein Landwirt prangerte an der Versammlung beispielsweise die «Strahlenschäden des Kernkraftwerks» an, wobei er sich offenbar vor allem vor dem austretenden radioaktiven Dampf des Kühlturmes

Geschäft an einer Däniker Gemeindeversammlung.

²³⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll der Gemeindeversammlung vom 11. 12. 1972.

²³¹ Vgl. Jungk, Robert: Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit. Zürich 1977.

fürchtete.²³² Ein anderer Einwohner beklagte sich darüber, dass über die Nachteile des Werks nicht transparent informiert würde.²³³

Die AKW-Kritikerin, die sich damals mit ihrer ablehnenden Haltung in Däniken am stärksten exponierte, war Elisabeth Marrer. Auch sie nahm an der Gemeindeversammlung im Dezember 1972 gegen die Atomenergie Stellung und versuchte, eine Konsultativabstimmung über das Kraftwerk zu initiieren. Eine solche Abstimmung wurde vom Däniker Ammann aber abgelehnt, begründet damit, dass «sie unrechtmässig wäre».²³⁴ Der Gemeinderat hatte bereits zu Beginn des Jahres 1971 an einer Sitzung beschlossen, dass keine Konsultativabstimmung zum AKW durchgeführt werden solle.²³⁵ Im entsprechenden Gemeinderatsprotokoll sind zwar keine weiteren Ausführungen über Motivation und Hintergründe zu diesem Entscheid zu finden, die Vermutung liegt aber nahe, dass sich der Rat vor der negativen Dynamik fürchtete, die aus einer allfälligen offenen Ablehnung des Werkes an der Gemeindeversammlung hätte entstehen können. Interessanterweise wurde die Gemeindeversammlung vom Dezember 1972 trotz ausgebliebener Konsultativabstimmung dann tags darauf in einer Medienmitteilung der Gemeinde Däniken als klares Zeichen für die Unterstützung des gemeinderätlichen Kurses – und damit schlussendlich auch als Votum zur Beförderung des AKW-Projekts – durch die Einwohnerinnen und Einwohner dargestellt: «Im Hinblick auf unsere Gemeindeversammlung vom 11. Dezember wurde von verschiedener Seite zum Frontalangriff geritten und unsere Bevölkerung – die sich überwiegend ruhig und unpolemisch verhält – aufgestachelt. Die Abstimmung über den Steuerverteiler musste also über die Stimmung im Dorf Aufschluss geben, so als ginge es um alles. Die Stimmberechtigten von Däniken haben diesen Test glänzend bestanden und der Behörde für die Zukunft eine solide Rückendeckung mitgegeben.»²³⁶ Auch wenn bei einem Blick in das Protokoll der Gemeindeversammlung unklar bleibt, an welcher

²³² Hier besteht möglicherweise ein Bezug zu der oben erwähnten Denkschrift «Das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken bedroht unsere Region!», die im Vorfeld der Gemeindeversammlung verteilt worden war. In dieser wird vor den ständig aus dem Hochkamin austretenden radioaktiven Stoffen gewarnt. In der Tat werden über die Abluft des Reaktors ständig kleine Dosen radioaktiver Gase freigesetzt. Der Hochkamin ist dabei jedoch nicht mit dem Kühlurm zu verwechseln.

²³³ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 230).

²³⁴ Ebd. Was genau mit dieser Formulierung gemeint ist, bleibt unklar. Möglicherweise wies der Gemeindeammann darauf hin, dass gemäss dem gesetzlich vorgesehenen Bewilligungsverfahren eine Befragung der Bevölkerung damals nicht vorgesehen war.

²³⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll des Gemeinderats vom 11. 1. 1971.

²³⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW, 1. Entscheid», Medienmitteilung Gemeindeversammlung, 12. 12. 1972.

Stelle die Stimmbürger ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht haben, deuten die geführten Interviews darauf hin, dass ein Grossteil der Däniker Bevölkerung das Atomkraftwerk befürwortete oder dem Projekt zumindest gleichgültig gegenüberstand. Die Einwohnerinnen und Einwohner, die sich an der Gemeindeversammlung im Dezember 1972 mit ihrer Kritik am geplanten Werk exponierten, waren offenbar in der Minderzahl. Betrachtet man jedoch die gesamte Region, so waren die Personen mit Vorbehalten und Ängsten bezüglich des geplanten Atomkraftwerks durchaus zahlreich.

4.3. Einsprachen gegen das Baugesuch²³⁷

4.3.1. Kristallisierungspunkt der Argumente und Ängste

Zum Kristallisierungspunkt der in der Region vorhandenen Argumente und Ängste wurde das Baugesuchsverfahren für das Kernkraftwerk Gösgen, in dessen Rahmen im Dezember 1972 insgesamt 35 Einsprachen eingereicht wurden. Als Einsprechende traten vier Einwohnergemeinden (EWGs) und drei Bürgergemeinden (BGs) der Region, 23 Privatpersonen und drei private Einsprachegruppen aus den umliegenden Gemeinden (Priv.), sowie der Solothurnische Naturschutzverband (SNV) auf.²³⁸ Anhand einer genaueren Betrachtung der Einsprachen und der darin enthaltenen Kritikpunkte soll in der Folge ein Überblick über die damals in der Region vorhandenen Argumente und Ängste bezüglich des Kernkraftwerks Gösgen gegeben werden.²³⁹ Dazu wurden die einzelnen Kritikpunkte aufgenommen und kategorisiert. Folgende Kategorien haben sich dabei angeboten:²⁴⁰

- Auswirkungen des Kühlturms;
- Gefährdung des Grundwassers;
- Wertminderung der Liegenschaften;
- Nukleare Sicherheit;

²³⁷ Falls nicht anders angegeben stammen die verwendeten Zitate aus dem Einsprachenverzeichnis der Gemeinde Däniken: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Bauverwaltung, Ordner «KKW», Einspracheverzeichnis KKW Gösgen-Däniken, 12.12.1972.

²³⁸ Die Differenz zwischen dem Total der Einsprachen und der Anzahl der Einsprechenden ist darauf zurückzuführen, dass die Einwohnergemeinde Niedergösgen nach der ersten Einsprache noch eine zweite einreichte, in der zusätzliche Kritikpunkte angebracht wurden. Eine Übersicht über die regionale Verteilung der Einsprechenden findet sich im Anhang.

²³⁹ In Kapitel 1.3.2 wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Einsprechenden wohl zur Unterstreichung ihrer Ablehnung alle vorhandenen Argumente aufgeführt hatten. Die Einspracheschriften können daher als Sammlung der damals in der Region vorhandenen Argumente gelten, aber nur mit Vorbehalt als Sammlung der tatsächlich empfundenen Ängste.

²⁴⁰ Eine Aufschlüsselung der einzelnen Argumentkategorien findet sich im Anhang.

- Verfahrensfehler;
- Gesundheitsgefährdende Immissionen;
- Entsorgung;
- Naturschutz.

Die Aufschlüsselung der Einspracheargumente nach Argumentekategorie ergibt dabei folgendes Bild:²⁴¹

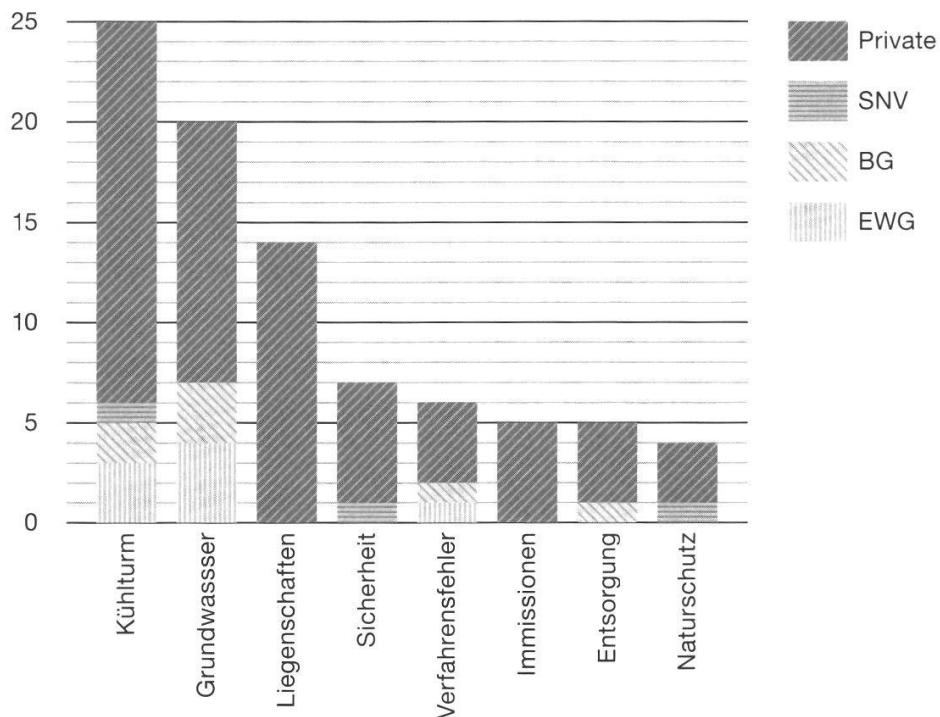


Abbildung 3: Einspracheargumente nach Kategorien

Mit Abstand am meisten kritisiert wurde in den Einspracheschriften der geplante Kühlturm. Argumente gegen den Kühlturm finden sich in über 70 Prozent der Einspracheschriften, wobei von der Lärmbelastung (in 20 % der Einspracheschriften) über die Ästhetik (42 %) bis hin zur Gefahr für den Flugverkehr (1 Nennung) die unterschiedlichsten Aspekte beanstandet wurden.²⁴² Am zweitmeisten Nennungen verzeichnete die Angst vor einer Gefährdung des Grundwassers (57 %), wobei hier sowohl die Beeinträchtigung des Grundwasserflusses als auch eine Verseuchung des Grundwassers

²⁴¹ Jede Einspracheschrift wurde pro Argumentekategorie höchstens einmal gezählt. 100 % = 35. Eine detailliertere Aufschlüsselung der einzelnen Einsprachegründe findet sich im Anhang.

²⁴² Vgl. detaillierte Aufschlüsselung der Einspracheargumente im Anhang. Wenn in der Folge Prozentzahlen angegeben sind, so beziehen sich diese immer auf die Anzahl der Nennungen in den Einspracheschriften. Vom Verhältnis der Argumente in den Einspracheschriften darf nicht ohne weiteres auf das Verhältnis der Argumente in der Bevölkerung der Region geschlossen werden. Es ist davon auszugehen, dass beim Baugesuch die konkreten Einsprachen gegen das Projekt überproportional vertreten sind.

eine Rolle spielten. An dritter Stelle stehen dann die befürchtete Abwertung der Liegenschaft und die damit verbundenen Schadenersatzforderungen (40%). Der Naturschutz blieb in den Einspracheschriften mit vier Nennungen (11,4%) ebenso ein Randthema wie die Angst vor gesundheitsgefährdenden Immissionen (14,3%) und die verschiedenen Aspekte der Entsorgung (14,3%), zu denen neben der Frage der nuklearen Abfälle auch die Problematik des Rückbaus der Anlage nach der Stilllegung gezählt wurde. Wenig mehr Nennungen verzeichneten die Sorgen betreffend der Sicherheit der nuklearen Anlagen (20%) sowie die beanstandeten Fehler oder Ungereimtheiten im Baugesuchsverfahren (17,1%). Es ist auffällig, dass sich die drei meist genannten Argumentekategorien allesamt auf konkrete Aspekte des geplanten Kernkraftwerks bezogen. Der Kühlturm hat nichts mit der nuklearen Technologie zu tun und die Versenkung des Reaktorblocks ins Grundwasser war ein spezifisches Detail des AKW-Projekts Gösgen. Die klassischen Argumente gegen AKWs, nämlich Sicherheit, Entsorgung und Immissionen spielten in den Einspracheschriften gegen das Kernkraftwerk Gösgen nur eine nebенächliche Rolle. Die Einspracheschriften der kritischen Einwohnerinnen und Einwohner der Region richteten sich also weniger gegen die Atomenergie als solche, als gegen das konkrete Projekt vor ihrer Haustür.

Unterscheidet man die Einsprachepunkte nach Art der Einsprechenden, so werden ebenfalls einige Regelmässigkeiten erkennbar. Die Einsprachen der Einwohnergemeinden drehten sich praktisch ausschliesslich um die Gefährdung des Grundwassers und die Auswirkungen des Kühlturms. Ängste vor möglichen Gefahren der Technologie in Form von Unfällen oder gesundheitsschädigenden Immissionen wurden von ihnen ebenso wenig ins Feld geführt wie Bedenken bezüglich der Entsorgung nuklearer Abfälle. Offenbar zweifelte man in diesen Kreisen nicht an der technischen Lösbarkeit, sondern störte sich entweder am Kühlturm oder fürchtete Folgen des baulichen Eingriffs für den Grundwasserfluss. Die Einsprachen der Bürgergemeinden lehnten sich inhaltlich zumeist sehr stark an die Einsprachen ihrer Einwohnergemeinde an. Der Schönenwerder Bürgerrat schloss sich beispielsweise ohne inhaltliche Ergänzung «in vollem Umfange» der Einsprache der Einwohnergemeinde Schönenwerd an. Der Solothurnische Naturschutzverband brachte als einziger Einsprechender konkrete Aspekte des Naturschutzes zur Sprache, beschränkte sich aber sonst abgesehen von einer baulichen Forderung zur Erhöhung der Anlagesicherheit auf Vorschläge zur Gestaltung der

Anlage. Im Gegensatz zu den nationalen Umwelt- und Naturschutzverbänden, die Ende des Jahres 1972 bereits grundsätzlichere Kritik an Atomkraftwerken übten, zeigte sich der SNV mit seiner Einsprache der Atomkraft positiv gesinnt. Es wurde betont, dass man die «Notwendigkeit der Nutzung der Atomenergie» nicht bezweifle. Die Einsprachen der Privatpersonen schliesslich, die mit sechsundzwanzig Einsprachen die grösste Gruppe bilden, drehten sich zu 73 Prozent um die Auswirkungen des Kühlturms. In mehreren Kategorien stammen die Nennungen ausserdem ausschliesslich oder beinahe ausschliesslich von Privaten, so zum Beispiel bei den Schadenersatzforderungen, der Angst vor gesundheitsgefährdenden Einflüssen und bei den Befürchtungen bezüglich der nuklearen Sicherheit. Die Einsprachen der Privatpersonen waren damit am stärksten von Ängsten vor gesundheitlichen Folgen der nuklearen Technologie geprägt.

Längst nicht alle Einsprechenden forderten einen totalen Verzicht auf das Projekt oder eine Standortverschiebung. Verschiedene Einsprechende äusserten nur sehr spezifische Vorbehalte und forderten lediglich eine Berücksichtigung bestimmter Anliegen bei der Umsetzung des Projekts.²⁴³ Einige Einsprechende beschränkten sich auch darauf, die Behörden auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen oder ihren Unmut über das Kraftwerk zum Ausdruck zu bringen. Darüber hinaus unterscheiden sich die Einsprachen auch bezüglich ihrer Ausführlichkeit und der Schlüssigkeit der Argumentation. Von mehrseitigen, klar strukturierten und differenzierten Argumentationen gegen die Atomenergienutzung bis hin zur stichwortartigen Auflistung von Einsprachegründen finden sich die verschiedensten Abstufungen. Trotz dieser unterschiedlichen Detailliertheit weisen zahlreiche Einspracheschriften inhaltliche Parallelen auf. So wird beispielsweise bei der Grundwasserfrage sehr häufig die Figur der «Verseuchung des grössten Grundwasserstroms der Region» in ähnlicher Form verwendet. Darüber hinaus scheinen sich auch gewisse charakteristische Begriffe und Bezeichnungen etabliert zu haben. So finden beispielsweise die Ausdrücke «dichtbesiedeltes Gebiet» als Argument gegen den Standort oder «Monstrum» und «Koloss» als Bezeichnung für den Kühlurm mehrfach Verwendung.²⁴⁴ Offenbar gab es vor Dezember 1972 trotz des Fehlens einer regionalen Wider-

²⁴³ Der Versuch einer Kategorisierung in «Grundsätzliche Einsprache» und «Spezifische Einsprache» scheiterte daran, dass nicht alle Einspracheschriften eine klare Forderung enthalten oder klar Position beziehen.

²⁴⁴ Die Figur «dichtbesiedeltes Gebiet» wird in den 35 Einsprachen insgesamt fünf mal verwendet. Von Koloss oder Monstrum ist je zweimal die Rede, was bei 35 Einsprachen auch auf einen Zufall zurückzuführen sein könnte.

standsorganisation durchaus einen Austausch über die Ablehnung des AKW-Projekts. Darauf weisen auch die drei Einsprachen hin, die von Einsprachegruppen eingereicht wurden.²⁴⁵ Ob dieser Austausch zwischen kritisch Denkenden medial vermittelt oder durch interpersonelle Kommunikation erfolgte, muss an dieser Stelle offen bleiben.²⁴⁶ Hinweise auf eine kritische Versammlungskommunikation wurden jedenfalls vor Anfang 1973 keine gefunden.

4.3.2. Auswirkungen des Kühlturms

Die Kritik am Kühlurm war sehr breit gefächert. Insgesamt lassen sich in den Einspracheschriften sechs verschiedene Teilespekte des «Kühlurmproblems» unterscheiden. Am meisten genannt wurde die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch den Kühlurm (42,9%). Die Kritik an diesem Aspekt ist nicht nur am häufigsten, sie ist auch in einem auffallenden Masse von einer expliziten und emotionalen Wortwahl geprägt. Offenbar erregte die Ästhetik des Kühlurms die Emotionen der Einsprechenden besonders stark. Man betrachte den Bau «des ungeheuren Kühlurmmonstrums als einen brutalen und unzumutbaren Eingriff in unser Landschaftsbild», er bedeute nicht weniger als eine «Verschandlung der Heimat» und zerstöre «mit seinen riesigen Ausmassen die Geschlossenheit und Schönheit der Niederämter Landschaft brutal». Die Einwohnergemeinde Schönenwerd hielt fest: «Es ist unserer Behörde nicht erklärlich, dass ein derartiges Monstrum ins Niederamt zu stehen kommt» und die Gemeinde Lostorf, die sich mit einer Mineralquelle und einem Heilbad eine Zukunft als Kurort erhoffte, befürchtete durch die «zu starke Beeinträchtigung des Landschaftsbildes» Nachteile für den Tourismus. Auch der Solothurnische Naturschutzverband beschäftigte sich mit dem «Koloss des Kühlurms». Allerdings forderte man nicht wie andere Einsprechende den Verzicht auf den Kühlurm, sondern schlug lösungsorientiert vor, «dass der massive Koloss des Kühlurms (...) durch einen Künstler mehrfarbig bemalt wird (mit breiten, leichten Farbbändern oder wolkenförmigen Farbflächen), so dass er einigermassen von der Landschaft assimiliert wird, ein anregendes optisches Eigenleben entwickelt und darüber hinaus sozusagen als monumentales Zweck-Kunstwerk den von ihm

²⁴⁵ Einsprache aus Däniken mit 89 Mitunterzeichnenden, Einsprachegruppe «Pro Niederamt» mit 17 Unterzeichnenden aus der ganzen Region, Einsprache aus Lostorf mit 14 Unterzeichnenden.

²⁴⁶ Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung war eine Medienanalyse nicht möglich. Geraide die Leserbriefspalten der regionalen Tageszeitungen könnten aber möglicherweise Hinweise über das Vorhandensein eines Diskurses geben.

dominierten weiten Bereich auflockert (diese nicht allzu kostspielige Verfremdung wird sich auch psychologisch vorteilhaft auswirken). Wir sind bereit, Ihnen z.H. der Bauherrschaft einige qualifizierte Künstler zu nennen, die zunächst ein Modell bearbeiten sollten.»

Neben den ästhetischen Auswirkungen des Kühlturms waren in allen vier Gruppen von Einsprechenden Befürchtungen bezüglich Lärmeinwirkungen durch den KühlTurmbetrieb vorhanden (insgesamt 20%). «Die Lärmemission aus dem Turm würde den Anwohnern unangenehm und als Last empfunden.» Verschiedene Privatpersonen störten sich auch am erwarteten Schattenwurf durch den Turm und die Dampffahne (20%). Der KühlTurm wirke «wie eine Wand [und] beeinträchtigt unser Gebiet durch Schattenwurf», besonders «vom Herbst bis zum Frühling steht er über die Mittagszeit (...) vor der Sonne», was zu einer «Einschränkung des Lebensraumes und der damit verbundenen Lebensqualität» führe. Ausserdem werde «der Radio- und Fernsehempfang dadurch noch schlechter» (14,3%). Verschiedene Personen befürchteten auch meteorologische Auswirkungen, die «wesentliche Beeinträchtigungen der Umwelt- und Lebensbedingungen» zur Folge hätten (11,4%). Als Beispiele werden verstärkte Nebelbildung, vermehrter Niederschlag oder zusätzlicher Raureif und Glatteis im Winter genannt. Eine Person gab schliesslich auch zu bedenken, dass der KühlTurm «für Insassen eines nicht mit Radar gesteuerten Flugzeuges bei Nebel eine Todesfalle» sei.

4.3.3. Gefährdung des Grundwassers

Besondere Sorgen machten sich viele Einsprechende um das Grundwasser des Niederamts (57,1%). Gemäss den Bauplänen sollte der Reaktorblock mehrere Meter tief ins Grundwasser versenkt werden, weshalb während des Baus eine Senkung des Grundwasserspiegels nötig wurde. Sämtliche Einwohner- und Bürgergemeinden und mehr als die Hälfte der Privatpersonen sahen darin eine «grosse Gefahr für die Grundwasserversorgung». Zum einen wurde eine Beeinträchtigung des Grundwasserstroms befürchtet, so dass die Versorgung mit Trinkwasser nicht zu jeder Zeit sichergestellt wäre. Zum andern fürchtete man sich vor einer radioaktiven Verseuchung des Grundwassers. Die Gemeinde Lostorf ging davon aus, «dass der spätere Betrieb des Atomkraftwerkes unser Grundwasser verseucht und verschmutzt» und eine Person aus Schönenwerd warnte davor, dass «die praktisch mögliche Verseuchung eines der grössten Grundwasser-vorkommen des Kantons Solothurn (...) die Lebensbedingungen für

das ganze Niederamt vernichten» würde. Aus diesem Grund sei das geplante Projekt nicht zu verantworten. Verschiedene Einsprechende forderten angesichts ihrer Befürchtungen «geeignete Massnahmen zur Abwendung von Beeinträchtigungen des Grundwassers», so zum Beispiel, «dass die gesamte Grundwassersäule des Areals eine absolute Abtrennung vom übrigen Grundwasserbecken erfährt».

4.3.4. Angst um Gesundheit und Leben

Vor allem in den Einsprachesschriften aus dem Kreis der Privatpersonen gibt es verschiedene Hinweise auf Angst vor gesundheitsschädigenden Folgen des Atomkraftwerks. «Die Gefahren und Risiken für Mensch, Tier und Pflanze, die mit einem Kernkraftwerk zusammenhängen» seien noch viel zu wenig erforscht. Mehrfach angeführt wurden auf der einen Seite das Risiko einer Beschädigung des Werkes bei einem «Unglücks- oder Katastrophenfall oder einer Sabotage» (20%). Ein Atomkraftwerk werde «niemals absolut sicher funktionieren», die Ausarbeitung von Evakuierungsplänen für die Bevölkerung sei der Beweis dafür, «dass mit Katastrophen gerechnet werden muss». Aus diesem Grund wurde insbesondere auch die Erstellung des Atomkraftwerks im «bevölkerungsreichen Niederamt» kritisiert: «Eine 100% Sicherheit kann nicht garantiert werden (Siehe Vortrag Fernsehen) also gehört ein solche Projekt [sic] nicht in ein so dicht besiedeltes Gebiet.» Im Ausland würden Atomkraftwerke nur in praktisch unbesiedelten Gebieten erstellt, und darum sei der gewählte Standort in Gösgen unverständlich. Der Solothurnische Naturschutzverband forderte aus diesem Grund ein doppeltes Ersatzkühlsystem, damit gewährt sei, dass die Kühlung des Reaktors «jederzeit und auch bei schwerer Beschädigung der Anlagen noch sofort vollwirksam funktioniert».

Auf der anderen Seite fürchteten mehrere Einsprecher die gesundheitsgefährdenden «Immissionen» eines Kernkraftwerks (14,3 %). «Da dieser Niederschlag nicht reines Wasser, sondern noch mit radioaktiven Stoff gemischt ist, so würde mit der Zeit die umliegende Gegend (Mensch und Kulturen) vernichtet.» Im Normalbetrieb eines Atomkraftwerkes würden «künstliche Radionuklide in unseren Lebensraum und damit in den biologischen Kreislauf» abgegeben, wobei die Rede von «maximal zulässigen Strahlendosen» «falsche Sicherheit» vorgaukle, weil «die biologische Schädigung bei Strahlendosis Null beginnt». Eine Person fürchtete gar eine Wertminderung der Liegenschaft auf Grund von «Strahlenschäden».

4.3.5. Weitere Kritikpunkte

Verschiedentlich wurden in den Einspracheschriften auch Fehler im Baugesuchverfahren kritisiert (17,1 %). Den Däniker Behörden wurde vorgeworfen, dass die Einsprachefrist mit 10 statt 14 Tagen zu kurz angesetzt gewesen sei und damit nicht den kantonalen Bestimmungen entsprochen habe. Da der Zonenplan noch nicht vom Regierungsrat bewilligt worden sei, hätte das Baugesuch ausserdem gar noch nicht ausgeschrieben werden dürfen. Die für das Baugesuch eingereichten Unterlagen waren ebenfalls Gegenstand der Kritik. Die nach Normalbaureglement erforderlichen Angaben seien «nicht vollständig beigebracht worden», weshalb «eine Baupublikation noch gar nicht hätte veranlasst werden dürfen». Insbesondere fehlten ein Eigentumsnachweis für das gesamte Kraftwerksgelände und ein Nachweis der Zufahrtsrechte. Darüber hinaus lägen die Planunterlagen in drei verschiedenen Varianten vor, was unzulässig sei. Auch das Baugespann entspreche «nur teilweise den Vorschriften». Aus diesem Grund verlangten mehrere Personen eine Rückweisung der Baugesuchsanträge zur Vervollständigung. Zahlreiche Privatpersonen befürchteten daneben auf Grund der Nähe zum Atomkraftwerk eine Wertminderung ihrer Liegenschaften (40 %). Der Bau des Kraftwerks führe zu einer «beträchtlichen Abwertung an Haus und Land». Ein Verkauf der Liegenschaft wäre nur verlustbringend möglich, «falls überhaupt jemand an einem Haus in solch unmittelbarer Nähe eines Kernkraftwerkes Interesse hat». Zudem kämen die Landstücke in der Nähe des Standorts als Bauland «praktisch überhaupt nicht mehr in Frage». Falls vom AKW-Projekt nicht Abstand genommen werde, fordere er eine «angemessene finanzielle Entschädigung», verkündete einer der Einsprechenden und zahlreiche andere taten es ihm gleich. Eine Person verlangte gar die Übernahme ihrer Liegenschaft durch die Gemeinde Däniken oder das Baukonsortium.

Eine marginale Rolle spielten in den Einspracheschriften naturschützerische Argumentationen (11,4 %). Dies ist interessant, da die erste öffentliche Infragestellung der Atomtechnologie in der Schweiz von Seiten der Umweltschutzorganisationen kam. Abgesehen von den separat behandelten Einsprachen wegen des Grundwasserschutzes brachte lediglich der Solothurnische Naturschutzverband konkrete Naturschutzanliegen vor. Er verlangte, dass der «Schutz der hier noch besonders natürlich erhaltenen Uferlandschaft der Aare (...) vollen-fänglich gewährleistet» wird und forderte ein Waldrodungsverbot. Ansonsten gab es nur ein paar wenige pauschale Nennungen des Naturschutzes.

Ebenfalls wenig erwähnt wurden die Abfallproblematik und der Rückbau der Anlage nach der Stilllegung (14,3%). Diesbezüglich wurde in einer Einsprache angeführt: «Nach neuesten Berichten wird es nicht möglich sein, nach Ausbrennung²⁴⁷ des Werkes, die Anlage gänzlich zu entfernen. Dies bedeutet eine grosse Last und Unsicherheit für unsere Nachkommen.» Aus ähnlichen Überlegungen ergab sich für eine andere Person die Frage: «Was passiert mit dem ausgebrannten Reaktor in 20 bis 30 Jahren?» Auch die «Frage der Wiederaufarbeitung [sic] und Lagerung von Atommüll» konnte nach Ansicht einer Einsprecherin «beim vorliegenden Bauprojekt nicht befriedigend gelöst» werden. Dass der Atommüll einfach in andere Regionen verfrachtet werde, entspreche einer «St. Florianspolitik» und sei nicht akzeptabel. Damit würden «die Lebensbedingungen künftiger Generationen (...) aufs Spiel» gesetzt.

4.4. Opposition im Niederamt

4.4.1. Gründung der Aktion Pro Niederamt

Ende des Jahres 1972 begann sich in der Standortregion des geplanten Atomkraftwerks auch organisierter Widerstand gegen das AKW-Projekt zu regen. Im Dezember 1972 meldete sich zum ersten Mal die Aktion Pro Niederamt zu Wort, die im darauffolgenden Jahr zur Wortführerin des regionalen Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen avancierte. Als «Einsprachegruppe Pro Niederamt» hatten die späteren Initianten der Aktion bereits am 12. Dezember 1972 eine Einsprache gegen das Baugesuch für das AKW eingereicht.²⁴⁸ In einem Inserat im Niederämter Anzeiger wurde dann am 21. Dezember die Bildung eines «provisorischen Aktionskomitees» bekannt gegeben. Dieses Komitee setzte sich aus elf Frauen und Männern aus sieben verschiedenen Gemeinden des Niederamts zusammen und wurde vom Lostorfer Hans Spielmann präsidiert. Daneben war ein siebenköpfiges Patronatskomitee ins Leben gerufen worden, dem unter anderem auch zwei Solothurner Kantonsräte angehörten.²⁴⁹ Als überparteilicher Zusammenschluss von Gegnern der Atomkraft vereinte die Pro Niederamt Personen unterschiedlichster Parteizugehörigkeit. Neben einigen Parteilosen fanden sich unter den Exponen-

²⁴⁷ Der Begriff ist hier nicht im Zusammenhang mit einem Brand zu verstehen, sondern bezeichnete vielmehr die Abnutzung der Anlage durch den regulären Betrieb.

²⁴⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

²⁴⁹ Niederämter Anzeiger vom 21.12.1972, 52 (1972). Bei den beiden Kantonsräten handelte es sich um Hans Bühlmann aus Schönenwerd, der das Patronatskomitee gleichzeitig auch präsidierte, und Max Schöneberger aus Dulliken.

ten der Aktion Mitglieder der Christlichdemokratischen Partei, der Freisinnig-demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und des Landesrings der Unabhängigen.²⁵⁰

Das Aktionskomitee traf sich in unregelmässigen Abständen, um nach Bedarf mögliche Reaktionen auf die neusten Entwicklungen des AKW-Projekts zu besprechen und entsprechende Aktivitäten zu koordinieren.²⁵¹ Zur Ankündigung geplanter Versammlungen und Aktionen wurden jeweils grossflächige Inserate im Niederämter Anzeiger, dem amtlichen Publikationsorgan der Region, geschaltet. Zwischen Dezember 1972 und Dezember 1973 finden sich insgesamt zehn Inserate der Aktion Pro Niederamt, die bis zu zwei Dritteln einer Zeitungsseite füllen und in grossen Lettern zur Teilnahme am Widerstand aufrufen.²⁵²

4.4.2. Positionen und Forderungen

Das breite politische Spektrum der Aktion brachte es mit sich, dass die Motive und Ziele der einzelnen Mitglieder durchaus unterschiedlich waren. Gemäss Elisabeth Marrer, der einzigen Dänikerin im Aktionskomitee, sei vor allem der Unmut darüber, dass die Bevölkerung nie zum anstehenden AKW-Projekt befragt worden war, verbindend gewesen.²⁵³ Anhand der publizierten Inserate und Informationsschriften lassen sich aber verschiedene Anliegen der Pro Niederamt umreissen.

Anstoss zur Gründung der Pro Niederamt gaben gemäss eigener Darstellung die Dimensionen des geplanten Kühlturms, die durch das Baugespann des Atomkraftwerks im Dezember 1972 erstmals auch visuell fassbar wurden. In einer Informationsschrift, welche die Pro Niederamt im Februar 1973 allen Haushalten der Region zukommen liess,²⁵⁴ wurde das Aufkommen des Widerstands wie folgt erklärt: «Die Opposition konnte sich erst regen, als die Visierstangen standen. Die Umrisse des 150 Meter hohen Kühlturmes haben wie eine Bombe eingeschlagen (...).»²⁵⁵ Bereits in ihrer Einsprache gegen das

²⁵⁰ Zuberbühler, Harry: Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Eine Untersuchung des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung in den Gemeinden des Niederamtes. Vertiefungsarbeit Didaktikum Aarau. Unveröffentlichtes Manuskript 2002, 12.

²⁵¹ Interview mit Elisabeth Marrer, Däniken, 8. 8. 2008.

²⁵² Die Inserate wurden in folgenden Ausgaben des Niederämter Anzeigers veröffentlicht: 7.12.1972, 50 (1972); 21.12.1972, 52 (1972); 11.1.1973, 2 (1973); 18.1.1973, 3 (1973); 22.3.1973, 12 (1973); 12.4.1973, 15 (1973); 18.4.1973, 16 (1973); 11.10.1973, 41 (1973); 18.10.1973, 42 (1973); 25.10.1973, 43 (1973).

²⁵³ Marrer (wie Anm. 251).

²⁵⁴ SOZARCH, Ar 201.130.5, «Gösge Ziitig», Juli 1977, 22.

²⁵⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindekanzlei, Ordner «Kernkraftwerk I, bis März 1973», Informationsschrift «Wir wollen kein Atomkraftwerk im Niederamt», verm.

Baugesuch vom 12. Dezember 1972 hatte die «Einsprachegruppe Pro Niederamt» landschaftsschützerische Argumente ins Feld geführt: «Das ausgesteckte Profil gibt einen erschreckenden Begriff des Kolosses, der mit seinen riesigen Ausmassen die Geschlossenheit und Schönheit der Niederämter Landschaft brutal zerstört und die Gegend als Wohngebiet entwertet.»²⁵⁶ Daneben wurde in der Einsprache kritisiert, dass das geplante Atomkraftwerk trotz «allen Risiken der Verseuchung viele Meter tief in den Grundwasserstrom des Niederamtes» versenkt werden sollte. Dieser Eingriff sei verantwortungslos und gefährde die Trinkwasserversorgung der ganzen Region. Außerdem beklagte man die «ungenügende Aufklärung der Niederämter Bevölkerung durch die Bauherrschaft».²⁵⁷ Diese Kritikpunkte bezogen sich in erster Linie auf das konkrete AKW-Projekt in Gösgen. In einem Inserat, das noch vor der eigentlichen Einsprache gegen das Baugesuch Anfang Dezember 1972 geschaltet wurde, äusserte sich die Pro Niederamt aber auch grundsätzlich zur Atomenergienutzung: «Sicherheiten in bezug auf den Bau des geplanten Atomkraftwerkes sind nur einseitige Beruhigungen. Die Erschliessung einer so lebensfeindlichen Energiequelle hat eine Störung des oekologischen Gleichgewichtes zur Folge, die in ihren Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen des Menschen heute noch nicht abgeschätzt werden können [sic].»²⁵⁸ Dabei ging es der Pro Niederamt weniger um die Sicherheit der Atomkraftwerke selbst. «Bei Normalbetrieb eines Kernkraftwerkes scheint die Sicherheit gewährleistet zu sein», wurde im selben Inserat festgehalten. Viel mehr Sorgen mache man sich um die «Sicherheit von Wiederaufbereitungsanlagen, wo riesige Mengen von hochaktivem Material bearbeitet werden müssen» und den Transport der nuklearen Abfälle. Aber auch das Risiko durch «Sabotage», «kriegerische Auseinandersetzungen» und «Grosskatastrophen» wurden in dem Inserat angesprochen.

Der dritte grundsätzliche Kritikpunkt an AKWs betraf den Rückbau des «in etwa zwanzig bis dreissig Jahren ausgebrannten Kernkraftwerks» und die Frage, ob «die stark radioaktiv verseuchten Standorte jemals wieder benutzbar gemacht werden» können.²⁵⁹

Anfang 1973. Die in der undatierten Publikation genannten Ereignisse (Baubewilligung und der Aufruf zur Petition) erlauben eine Eingrenzung des Publikationsdatums auf den Monat Februar 1973. Die Verwendung des Begriffs Bombe ist wohl nicht zufällig gewählt. Zwei Seiten weiter wird der Vergleich gezogen zwischen dem radioaktiven Abfall und der über Hiroshima abgeworfenen Atombombe.

²⁵⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

²⁵⁷ Ebd.

²⁵⁸ Niederämter Anzeiger vom 7.12.1972 (wie Anm. 252).

²⁵⁹ Ebd.

Bei all den offenen Fragen hatten die Mitglieder der Pro Niederamt vor allem das Bedürfnis nach mehr Information und Aufklärung. Das vordergründige Ziel war dementsprechend, zu erreichen, dass der Bau des Kernkraftwerks Gösgen zurückgestellt wird und eine grundlegende Diskussion über die Atomenergie und den Standort Gösgen geführt werden kann.²⁶⁰ Im genannten Inserat wurde von den Bundesbehörden gefordert, «dass vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke zunächst einmal ganz unabhängig von allen wirtschaftlichen Erwägungen abgeklärt wird, inwieweit eine auf Kernspaltung basierende Energiewirtschaft in oekologischer Hinsicht überhaupt verantwortet werden kann».²⁶¹

In der Informationsschrift vom Februar 1973 nahm dann vor allem die Problematik der nuklearen Abfälle viel Platz ein. Es wurde kritisiert, dass im Baugesuch keine Angaben über die Lagerung und den Transport der «hochgiftigen und gefährlichen radioaktiven Abfälle» enthalten seien. Um die Gefahren des Abfalls zu unterstreichen, griff man zum Vergleich mit der Atombombe. «Im geplanten Kraftwerk würde jährlich – Sie lesen richtig: jährlich – so viel langlebiger radioaktiver Abfall produziert wie bei 1000 Bomben des Typs Hiroshima. Man muss sich das einmal vorstellen.»²⁶² Ein solches Erbe könne den kommenden Generationen nicht zugemutet werden. Mit ihrer grundsätzlichen Kritik gegen die Atomenergienutzung orientierte sich die Pro Niederamt inhaltlich bereits an der aufkommenden Opposition der Naturschutzverbände gegen die Atomenergie auf nationaler Ebene. Verschiedene der aufgeworfenen Fragen finden sich auch in Kuppers Darstellung des Diskurses innerhalb der Naturschutzverbände.²⁶³ Damit nahm die Pro Niederamt eine andere Position ein als beispielsweise der Solothurnische Naturschutzverband, der in seiner Einsprachesschrift gegen das Baugesuch im Dezember 1972 festhielt, man wolle «die Notwendigkeit einer Nutzung der Atomenergie nicht bezweifeln».²⁶⁴ Die Einsprache des SNV drehte sich, neben der Forderung eines doppelten Kühlsystems, in erster Linie um Auflagen für die Landschaftsgestaltung wie beispielsweise die bereits erwähnte

²⁶⁰ Marrer (wie Anm. 251).

²⁶¹ Niederämter Anzeiger vom 7.12.1972 (wie Anm. 252).

²⁶² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 255). Mit dem Vergleich zur Atombombe und dem damit verbundenen Versuch an die Konnotationen Tod und Krieg anzuknüpfen, verwendet die Pro Niederamt eine der klassischen Strategien der AKW-Gegner im Kampf gegen die Atomenergie. Die Anti-AKW-Bewegung wandte in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre mit ihren Pfingstmärschen, die an die Tradition der Ostermärsche der Anti-Atomwaffen-Bewegung anknüpften, dieselbe Strategie an.

²⁶³ Kupper (wie Anm. 7), 84 ff.

²⁶⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

Bemalung des Kühlturms. Im Gegensatz zur Pro Niederamt hatte der SNV also die auf nationaler Ebene diskutierten Ansichten der Natur- und Umweltschutzbewegung im Dezember 1972 noch nicht aufgenommen.

Die Aktion Pro Niederamt kombinierte in ihrer Position also Kritikpunkte am konkreten AKW-Projekt mit grundsätzlicher Kritik an der Atomenergienutzung. Ihre Hauptforderung war aber eine «Denkpause» beim Atomkraftwerkbau, um eine in der Gesellschaft geführte Diskussion über die vorhandenen Bedenken gegenüber der Atomenergie zu ermöglichen.

4.4.3. Kritik an den Behörden

Bereits im ersten Inserat der Pro Niederamt Anfang Dezember 1972 klingt das Unverständnis für das Handeln der staatlichen Stellen im Zusammenhang mit der Bewilligung des Kernkraftwerks Gösgen an. Die Rede ist von «Willkür, die es an letzter Verantwortung fehlen lässt und nur den momentanen materiellen Nutzen im Auge hat».²⁶⁵ Nach den als desillusionierend empfundenen Einspracheverhandlungen Anfang Januar 1973 enthielten die Veröffentlichungen der Pro Niederamt dann immer explizitere Vorwürfe und Kritik an den zuständigen Behörden. In einem kurz nach den Einspracheverhandlungen publizierten Inserat wird die Situation wie folgt festgehalten: «Unsere Einsprache soll mit dem Argument abgewürgt werden, die «Aktion Pro Niederamt» sei dazu nicht legitimiert. Wir weisen dieses Vorgehen zurück und werden angesichts der lebenswichtigen Sache unsere Einsprache aufrechterhalten und weiterziehen. Wir sind empört über die zynische Missachtung demokratischer Rechte der betroffenen Bevölkerung.»²⁶⁶

In der Informationsschrift der Pro Niederamt finden sich dann im Februar 1973 zahlreiche Passagen mit Anklagen und Vorwürfen an die Bauherrschaft und die zuständigen Behörden. Es ist die Rede von «bewusster Irreführung der Öffentlichkeit», «was der Sache hätte schaden können wird einfach verschwiegen». Die Bauherrschaft versuche «Druck auf die Öffentlichkeit» auszuüben und scheue «kein Mittel (...) die öffentliche Meinung gefügig zu machen». Die Däniker Behörden wiederum seien Verbündete der Bauherrschaft, die dem finanziellen «Riesenhappen händereibend entgegensehen», wobei der «Goldsegen ihre Urteilsfähigkeit ein wenig trübte». Dement-

²⁶⁵ Niederämter Anzeiger vom 7.12.1972 (wie Anm. 252).

²⁶⁶ Niederämter Anzeiger vom 11.1.1973 (wie Anm. 252).

sprechend wird kein Zweifel daran gelassen, warum die Einsprachen gegen das Baugesuch «mit einem einzigen Federstrich (...) alle ‹erledigt›» wurden, und dadurch ein «gesetzeswidriges» Baugesuch eine Bewilligung erhielt.

Den «scheinbar übermächtigen Interesseverbindungen» zum Trotz setzte die Pro Niederamt ihren Widerstand fort.²⁶⁷ Im Laufe der Monate rückte aber das Vorgehen der Behörden und die Forderung nach der Wahrung der demokratischen Grundrechte immer stärker ins Zentrum der Kritik. Bei den letzten auffindbaren Inseraten der Pro Niederamt, die im Oktober 1973 veröffentlicht wurden, fand der Bau des Atomkraftwerks nur noch am Rand oder gar nicht mehr Erwähnung. In knappen Worten rief man nun zum «Kampf für unser demokratisches Recht und unseren Lebensraum» auf.²⁶⁸ Im Zentrum einer letzten «Orientierungs- und Widerstandskundgebung», die Ende Oktober 1973 durchgeführt wurde, stand ein Referat über «Staatspolitische und menschliche Aspekte im Zusammenhang mit dem Bau von Atomkraftwerken».²⁶⁹ Offenbar begannen sich in den Reihen der Pro Niederamt zu diesem Zeitpunkt bereits Resignation und Frustration über die Machtlosigkeit gegenüber dem geplanten AKW breit zu machen.²⁷⁰

Trotz der stetig zunehmenden Schärfe der Äusserungen und der Polemik gegen Behörden, staatliche Institutionen und das «Grosskapital»²⁷¹ muss die Aktion klar von der späteren, von subkulturnellen Strömungen und der neuen Linken geprägten Anti-AKW-Bewegung abgegrenzt werden. Den Exponenten der Pro Niederamt ging es nicht um den Kampf gegen ein «System» oder die Etablierung einer neuen Ordnung. Vielmehr wollte man verhindern, dass der eigene «Lebensraum (...) den grossen Gefahren eines Atomkraftwerkes und der Verunstaltung preisgegeben» wird.²⁷² Man demonstrierte «gegen das geplante Kernkraftwerk im Zentrum unseres Niederamtes, das durch die Bauvorhaben der PTT und SBB ohnehin schon mehr als genug belastet» werde.²⁷³ In ihrer Selbstwahrnehmung waren die Exponenten der Pro Niederamt «besorgte Bürger», die für

²⁶⁷ Niederämter Anzeiger vom 22.3.1973 (wie Anm. 252).

²⁶⁸ Niederämter Anzeiger vom 11.10.1973 (wie Anm. 252).

²⁶⁹ Niederämter Anzeiger vom 18.10.1973 (wie Anm. 252); Niederämter Anzeiger vom 25.10.1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁰ Marrer (wie Anm. 251).

²⁷¹ An der Demonstration in Olten wurden auch Transparente mit der Aufschrift «Grosskapital verschlingt Demokratie» mitgeführt. Vgl. Fotografien im Anhang.

²⁷² Niederämter Anzeiger vom 11.1.1973 (wie Anm. 252).

²⁷³ Ebd.

eine «gerechte Sache» kämpften.²⁷⁴ Ihre Anliegen waren mehr auf die Erhaltung des Bestehenden ausgerichtet denn auf das Bewirken von Veränderung. Fotografien des Demonstrationszugs, zu dem die Pro Niederamt im April 1973 aufgerufen hatte, stützen das Bild vom buntgemischten Widerstand etablierter Kreise aus der Mitte der Gesellschaft. Menschen jeden Alters zogen damals durch die Straßen der Stadt Olten.

Auch die Aktivitäten der Pro Niederamt trugen deutliche Züge einer bürgerlichen Kultur. Gemäss der im Niederämter Anzeiger veröffentlichten Einladung wurde im Januar 1973 die «Protestkundgebung» im Schönenwerder Kasino mit einen «Eröffnungsmarsch der Musikgesellschaft Schönenwerd» begonnen und durch ein Zwischenspiel derselben aufgelockert.²⁷⁵ Im April desselben Jahres bot man dann zur Übergabe einer Petition «alle Niederämter Frauen und Töchter» auf und organisierte für sie eine Petitionsfahrt mit dem Reisebus nach Bern.²⁷⁶



Abbildung 4: Demonstration der Pro Niederamt, April 1973²⁷⁷

²⁷⁴ Ebd.

²⁷⁵ Niederämter Anzeiger vom 18. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁶ Niederämter Anzeiger vom 18. 4. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁷ Privatarchiv Werner Brühlmeier, Däniken, 1973. Weitere Fotografien des Protestzuges finden sich im Anhang.

4.4.4. Aktivitäten der Pro Niederamt

Im Laufe des Jahres 1973 machte die Pro Niederamt mehrfach mit ihren Aktivitäten von sich reden und schuf mit verschiedenen Aktionen eine Plattform für ihre Opposition gegen das Kernkraftwerk Gösgen. Bereits im Dezember 1972 rief sie in ihren Inseraten zum Einsenden von Unterschriften «zur Unterstützung unserer gerechten Sache» auf und versuchte, mit der Darstellung der eigenen Sichtweise einen Kontrapunkt zur Informationsarbeit der Bauherrschaft zu setzen.²⁷⁸ Nachdem die Baukommission der Gemeinde Däniken Anfang Januar das Baugesuch für das Kernkraftwerk Gösgen bewilligt und alle 35 Einsprachen abgelehnt hatte, lud die Aktion Pro Niederamt am 25. Januar 1973 zu einer Protestveranstaltung in Schönenwerd ein. Nach Angaben der Veranstalter folgten nicht weniger als 800 Personen der Einladung.²⁷⁹ Auch wenn man in Betracht zieht, dass es sich hierbei wohl um eine grosszügige Schätzung handelt, so scheint die Opposition in der Region doch rege Unterstützung gefunden zu haben. An der Protestversammlung gab es zwei Referate von Wissenschaftlern, die sich um «die Gefahren von Atomkraftwerken» und die «Raum- und Energieplanung» drehten; anhand von «Lichtbildern» wurden die optischen Einflüsse des geplanten Atomkraftwerks illustriert. Zum Schluss wurde dann eine Resolution gegen das geplante Atomkraftwerk verabschiedet.²⁸⁰

In den folgenden Wochen begannen die Mitglieder der Pro Niederamt mit der Sammlung von Unterschriften für eine Petition an den Bundesrat und den Regierungsrat des Kantons Solothurn. Im Petitionstext wies man auf die unbekannten Gefahren der AKWs hin, vor denen auch in Expertenkreisen gewarnt werde. Ausserdem warnte man vor dem Einfluss des Werks auf den Wasserhaushalt und die Atmosphäre und brachte landschaftsschützerische Einwände gegen den Kühlturm vor. Gestützt auf diese Argumente stellte man dem Bundesrat und der Solothurner Regierung folgende Forderungen:²⁸¹

- Rückzug der Standortbewilligung für das KKW Gösgen;
- Ablehnung des Gesuchs um Wasserentnahme;
- Verbot der Versenkung des Reaktors ins Grundwasser;
- Ausarbeitung einer «Gesamtenergiekonzeption für den schweizerischen Energiebedarf» unter Berücksichtigung der «andern zahlreich sich abzeichnenden Energiequellen».

²⁷⁸ Niederämter Anzeiger vom 11. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁷⁹ Zuberbühler (wie Anm. 250), 13.

²⁸⁰ Niederämter Anzeiger vom 18. 1. 1973 (wie Anm. 252).

²⁸¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 255).

Auffällig an diesem Katalog ist insbesondere der letzte Punkt. Dieselbe Forderung wurde im April 1973 national auch von der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz gestellt.²⁸² Während sich die anderen Punkte der Petition auf das Kernkraftwerkprojekt in Gösgen beziehen, ist in diesem letzten Punkt wiederum ein Bezug zur nationalen Diskussion um den grundlegenden Widerstand gegen AKWs erkennbar.

Die Unterschriftensammlung für die Petition verlief durchaus erfolgreich. Innerhalb von nur drei Monaten trug die Aktion Pro Niederamt rund 15'000 Unterschriften zusammen.²⁸³ Mit einer Kundgebung am 13. April in Olten wurde die Sammlung abgeschlossen, bevor die Petition dann am 25. April 1973 in Bern übergeben wurde. Nach Angaben der Pro Niederamt stammten rund 500 der notariell beglaubigten Unterschriften aus dem Dorf Däniken. Im Interview mit Zuberbühler zweifelte der frühere Gemeindeammann Hagmann diese Zahl jedoch an. Eine erneute Überprüfung sei ihm damals verwehrt worden «mit der Begründung, dass viele aus seiner Gemeinde nur unterschrieben hätten, nachdem ihnen Geheimhaltung zugesichert worden sei».²⁸⁴ Bei der damaligen Einwohnerzahl von 1962 Personen, von denen wohl gut 1100 stimmberechtigt waren,²⁸⁵ wäre dies ein beachtlicher Teil der Dorfbevölkerung, die mit ihrer Unterschrift zumindest Skepsis gegenüber dem geplanten AKW bekundet hätte.²⁸⁶ Die Petition und die dazugehörige Kundgebung im April 1973 bildeten einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Pro Niederamt. Daneben gab es mehrere kleinere Aktionen. So engagierte man sich beispielsweise im September 1973 mit einer Flugblattaktion im Abstimmungskampf um die Beteiligung der Stadt Zürich am Kernkraftwerk Gösgen.²⁸⁷ Verschiedentlich wurden Vertreter der Pro Niederamt ausserdem von offiziellen Vertretern des Staats empfangen, so zum Beispiel im Juni 1973 von Bundesrat Roger Bonvin, dem damaligen

²⁸² Vgl. Kupper (wie Anm. 2), 141 f.

²⁸³ Niederämter Zeitung vom 18.4.1973 (wie Anm. 252). Wyser und die «Gösge Ziitig» sprechen hingegen von rund 16'000 Unterschriften: Wyser (wie Anm. 37), 42.; SOZARCH (wie Anm. 254), 22.

²⁸⁴ Zuberbühler (wie Anm. 250), 16. Der ehemalige Gemeindeammann Hagmann ist inzwischen leider verstorben und konnte für die vorliegende Untersuchung nicht mehr befragt werden.

²⁸⁵ Im Jahr 1979 waren im Rahmen der Abstimmung über die Volksinitiative «Zur Wahrung der Volksrechte beim AKW-Bau» 1214 Däniker Einwohner stimmberechtigt (vgl. Amtsblatt des Kantons Solothurn vom 22.2.1979, 8 (1979), 193 ff.). Damals zählte Däniken 2050 Einwohner, der Anteil der Stimmberechtigten lag also bei rund 59 % der Gesamtbevölkerung. Bei einer Einwohnerzahl von 1962 Personen wären dies 1157 Stimmberechtigte.

²⁸⁶ Vgl. Zusammenstellung der Einwohnerzahlen der Gemeinde Däniken im Anhang.

²⁸⁷ SOZARCH (wie Anm. 3), 20.

Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements (EVED), und der grossrätslichen Kommission des Kantons Basel oder im September desselben Jahres vom Solothurner Regierungsrat.²⁸⁸ Daneben veröffentlichte man regelmässig Leserbriefe in den Regionalzeitungen. Für Aufsehen sorgte die Pro Niederamt mit ihrer Initiative zur Abberufung des Solothurner Regierungsrats, die an der letzten öffentlichen Versammlung Ende Oktober 1973 beschlossen worden war. Gemäss Solothurner Verfassung konnte eine solche Abberufung mit der Einreichung von lediglich 4000 Unterschriften erwirkt werden.²⁸⁹ Nachdem die eingereichte Petition im April ohne Wirkung geblieben war, blieb offenbar nur noch die vage Hoffnung, dass eine andere Regierung die benötigten Bewilligungen für das Kernkraftwerk Gösgen verweigern würde. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hatte in den Augen der Pro Niederamt mit seinem unverantwortlichen Handeln und der engen Zusammenarbeit mit der Bauherrschaft sämtliche Glaubwürdigkeit verspielt.²⁹⁰ Es scheint aber, als sei die Pro Niederamt mit ihrer Abberufungsinitiative auf wenig Resonanz gestossen. Die Sammlung der Unterschriften für die Abberufungsinitiative verlief im Sand und wurde später nicht mehr erwähnt.

Als sich abzeichnete, dass der Widerstand auf institutionellem Weg nicht erfolgreich sein würde, wurden innerhalb der Aktion Pro Niederamt Stimmen laut, die neue Formen des Widerstandes forderten. Den Darstellungen Marrers zufolge hätten einige Personen die Ansicht vertreten, dass man mit Aktionen Druck auf die Entscheidungsträger ausüben solle. Diese Position habe aber bei der grossen Mehrheit der Pro Niederamt kein Verständnis gefunden, für die meisten Mitglieder seien illegale Aktionen als Widerstandsform nicht in Frage gekommen. Als Pro Niederamt habe man nur den Rechtsweg nutzen wollen. Dementsprechend hätten sich solche Ansätze im Rahmen der Aktion Pro Niederamt nie durchsetzen können.²⁹¹

Mit der Ablehnung der Einsprachen in vierter Instanz wurde die Baubewilligung rechtskräftig, worauf im Herbst mit dem Bau des Atomkraftwerkes begonnen wurde. Damit waren sämtliche Rechtsmittel im Kampf gegen das Kernkraftwerk Gösgen ausgeschöpft,

²⁸⁸ Vgl. Wyser (wie Anm. 37), 43 und 47; SOZARCH (wie Anm. 3), 18 ff.

²⁸⁹ Wyser (wie Anm. 37), 44.

²⁹⁰ SOZARCH (wie Anm. 3), 20.

²⁹¹ Marrer (wie Anm. 251). Zuberbühler zitiert auch ein Vorstandsprotokoll der Pro Niederamt, in dem sich der Präsident von der Flugblattaktion einer «linksextremen Gruppe», welche die Abschluss-Demonstration in Olten als Plattform nutzte, distanziert. Zuberbühler (wie Anm. 250), 15.

das Werk konnte auf dem institutionellen Weg nicht mehr verhindert werden. Damit verebbten die Aktivitäten der Aktion Pro Niederamt gegen Ende des Jahres 1973, und ihre Exponenten gaben den Widerstand resigniert und frustriert auf. Es sollte eineinhalb Jahre dauern, bis sich in der Region erneut Opposition gegen das Kernkraftwerk Gösgen formierte.

4.5. Reaktionen auf den Widerstand

4.5.1. Reaktionen der Bauherrschaft

Die aufkommende Opposition gegen das geplante Atomkraftwerk blieb auch der Bauherrschaft nicht verborgen. Als Reaktion auf den sich abzeichnenden Widerstand im Niederamt verstärkte sie im Frühjahr 1973 ihre Informationsarbeit bezüglich des Projekts und der Atomenergie im Allgemeinen. In verschiedenen Publikationen bezog man sich dabei direkt auf die Aktivitäten der Pro Niederamt. So schaltete die KKG im Frühjahr 1973 im Niederämter Anzeiger mehrfach ein Inserat, in dem sie unter dem Titel «Die Wahrheit über das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken» zu den von Pro Niederamt verbreiteten Aussagen Stellung nahm. «Die Aktion Pro Niederamt verteilt dieser Tage unter dem Titel ‹Wir wollen kein Atomkraftwerk im Niederamt› eine bebilderte Broschüre, in welcher zu einer Petition an den Bundesrat und den Regierungsrat des Kantons Solothurn aufgerufen wird. Diese Schrift enthält eine Vielzahl von Unwahrheiten. Einige Beispiele mögen dies zeigen.»²⁹²

Darauf folgte eine Gegenüberstellung von Aussagen der Pro Niederamt und «Richtigstellungen» der Bauherrschaft. Dass dies in derselben Zeitung geschah, in der auch die Aktion Pro Niederamt ihre Inserate veröffentlichte, verstärkt den Antwortcharakter des Inserats. Das Inserat wurde in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben im März 1973 veröffentlicht. Beim zweiten Mal war es durch den folgenden Zusatz ergänzt: «Auch wir sind uns dessen bewusst, dass der Zuwachs des Energieverbrauchs nicht ewig im gleichen Tempo weitergehen kann. Mit Rücksicht auf die Probleme des Umweltschutzes, zu deren Lösung die Elektrizität einen wertvollen Beitrag leistet, wäre aber eine plötzliche Begrenzung ihrer Entwicklung geradezu verhängnisvoll. Für die Deckung des Mehrbedarfes an elektrischer Energie in den kommenden Jahren verbleibt als einzige realistische Lösung die Kernenergie. Angesichts der ernsten Probleme, um die

²⁹² Niederämter Anzeiger vom 22. 3. 1973 (wie Anm. 252).

es hier geht, ist eine sachliche Meinungsbildung notwendig; irreführende Behauptungen, wie sie die Aktion ‹Pro Niederamt› verwendet, sind wenig dienlich.»²⁹³

Mit dem Hinweis auf den Energieverbrauch knüpfte die ATEL an die Argumentationen und Forderungen der nationalen Umweltschutzbewegung an, die in den Jahren 1972 und 1973 aufkamen. Der erste Satz ist als direkter Bezug auf die Diskussion um die «Grenzen des Wachstums» zu verstehen. Die KKG versuchte damit die Atomenergie in einen aus Sicht der Kritiker positiven Bedeutungszusammenhang zu stellen und sie als Lösung für die Probleme darzustellen, die von den mittlerweile AKW-kritischen Umweltverbänden postuliert worden waren. Gleichzeitig wurde damit implizit die grundlegend neue Sichtweise auf die Wachstumsideologie anerkannt. Offenbar kam 1973 auch die Elektrizitätsindustrie, zumindest was die Kommunikationsarbeit betrifft, nicht mehr darum herum die «Grenzen des Wachstums» in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Im März 1973 gab die KKG ein Informationsblatt heraus, in dem die «dringende Notwendigkeit» des Atomkraftwerkbaus noch einmal dargelegt wurde.²⁹⁴ Im Mai 1973 verschickte sie dann «allen Detailabonnenten» der ATEL und den lokalen Elektrizitätsgesellschaften die Broschüre «Kernkraftwerk Gösgen-Däniken. Notwendig und sicher» sowie eine «von der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie verfasste Publikation, die sich vor allem mit der Frage der Sicherheit von Kernkraftwerken» befasste.²⁹⁵ Die Broschüre informierte einerseits über das konkrete Projekt in Gösgen, andererseits behandelte sie auch grundsätzliche Fragen der Atomenergie. Mehrere Seiten befassten sich mit der Notwendigkeit des AKW-Baus, wobei die Atomenergie als «einzige zur Verfügung stehende Möglichkeit» dargestellt wurde: «Ohne die rasche Inangriffnahme weiterer Kernkraftwerke wäre eine Rationierung elektrischer Energie in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts nicht zu umgehen. Die Folgen einer solchen Massnahme würden uns alle treffen (...).»²⁹⁶ Daneben wurden auch die Auswirkungen der Kühltürme und Fragen der Sicherheit

²⁹³ Ebd.

²⁹⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindekanzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Informationsblatt «Kernkraftwerke – eine dringende Notwendigkeit», 20.3.1973.

²⁹⁵ SWA (wie Anm 69). Die genannte Publikation der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie konnte nicht ausfindig gemacht werden. Der Hinweis darauf findet sich im Begleitbrief des Versands: Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindekanzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Begleitbrief ATEL zum Broschürenversand, Mai 1973.

²⁹⁶ SWA (wie Anm. 69), 3.

ausführlich thematisiert, wobei betont wurde, dass «bei den vielen heute auf der ganzen Welt in Betrieb stehenden Kernkraftwerken (...) bis heute kein Mensch durch nukleare Einwirkung zu Schaden» gekommen sei. Der Begleitbrief zur Broschüre ist ein klarer Hinweis darauf, dass auch der Broschüreversand als Reaktion auf den aufkeimenden Widerstand zu verstehen ist. Gleich im ersten Satz wurde Bezug auf die aufkommende Opposition genommen, indem festgestellt wurde, dass «der beabsichtigte Bau des Kernkraftwerkes Gösgen-Däniken (...) seit einiger Zeit im Niederamt zu lebhaften Diskussionen» führte. Besonders betont wurde im Brief, dass sich die ATEL von Anfang an stark am Willen der lokalen Bevölkerung orientiert habe: «Die Atel erklärte damals [an den öffentlichen Orientierungsversammlungen 1971, A.d.V.], dass für sie das gute Einvernehmen mit ihren Strombezügern an erster Stelle stehe, und dass sie auf eine Verwirklichung des Projektes verzichten würde, falls ein Grossteil der Bevölkerung ein solches Vorhaben zum vorn ehren ablehnen sollte. Die Gemeindebehörden stellten sich jedoch dem Projekt gegenüber im Allgemeinen positiv ein, und auch aus der Bevölkerung meldete sich keine Opposition. Die solothurnischen Behörden ihrerseits brachten deutlich den Wunsch zum Ausdruck, das Vorhaben im Interesse der kantonalen und regionalen Wirtschaft zu verwirklichen.»²⁹⁷ Die Passage wirkt wie eine Antwort auf die in dieser Zeit aufkommenden Vorwürfe der Gegner, man habe den Willen des Volkes umgangen und damit undemokratisch gehandelt. Auch die darauf folgenden Passagen, in denen das Vorgehen der ATEL noch einmal ausführlich aufgezeigt wurde, lesen sich bei nahe wie eine Rechtfertigung für das geplante Kraftwerk. Seit 1969 seien die Baupläne bekannt und es habe keine negativen Reaktionen gegeben. Als «einziger neuer Aspekt» sei seither der Kühlurm hinzugekommen, der schlussendlich eine «durch das bundesrätliche Verbot der Frischwasserkühlung bedingte Notwendigkeit» sei und überdies keine Gefahr darstelle. Implizit warfen die Verfasser mit dieser Passage die Frage auf, warum denn das geplante AKW auf einmal Anlass zu «lebhaften Diskussionen» gab. Aus Sicht der Bauherrschaft hatte man offen kommuniziert und im Kontakt mit den verschiedenen Gemeinderäten die Meinung in der Region abgeholt. Nachdem man die Öffentlichkeit in den Jahren 1970 und 1971 an verschiedenen Veranstaltungen informiert hatte und danach kein nennenswerter Widerspruch laut geworden war, hatte man bei der

²⁹⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 295).

ATEL offenbar nicht mehr mit grösserer Opposition gegen das AKW-Projekt gerechnet. Der öffentliche Aufruf der Aktion Pro Niederamt zum Widerstand gegen das Atomkraftwerk kam für die Bauherrschaft dementsprechend unerwartet. Als Reaktion finden sich im Frühling 1973 mit der mehrfachen Veröffentlichung von Inseraten, der Herausgabe eines Infoblattes und einem Broschüreversand gleich vier Kontaktaufnahmen mit der regionalen Bevölkerung innert knapp drei Monaten. Angesichts der Tatsache, dass aus den Jahren zuvor abgesehen von den Informationsveranstaltungen 1971 keine Kommunikationsmassnahmen überliefert sind, ist diese Häufung auffällig, die Intensität der Informationsarbeit wirkt beinahe hektisch. Offenbar realisierte die Bauherrschaft, dass sie sich nach den ersten positiven Signalen zu sehr in Sicherheit gewiegt und darob die Informationsarbeit in der Region vernachlässigt hatte.

In den folgenden Monaten intensivierten die ATEL und die KKG ihre Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt. An einer Baukommissionsitzung der Gemeinde Däniken wurde im Januar 1974 wie folgt über entsprechende Absichten der KKG informiert: «Die KKG gab bekannt, dass sie bestrebt sei ihre Informationspolitik zu verbessern. So sei u.a. die Schaffung eines Informationszentrums beabsichtigt, es sollen laufend Informationsbulletins herausgegeben werden, die Baukommission und der Gemeinderat soll durch periodische Besichtigungen über den Stand der Arbeiten am Werk orientiert werden.»²⁹⁸

Damit sich die betroffene Bevölkerung ein Bild von der Sicherheit der Atomkraftwerke machen konnte, wurden im Juni 1973 für ein breiteres Publikum Besichtigungen im AKW Beznau organisiert.²⁹⁹ 1974 wurde dann auf dem Baugelände des AKWs ein Informationspavillon errichtet, in dem eine ständige Ausstellung über «den Aufbau eines Kernkraftwerkes und die Belange der Kernenergie im allgemeinen» informierte.³⁰⁰ Daneben bot die KKG regelmässig Führungen über das Baugelände an und liess an der Umzäunung des Baugeländes Tafeln mit Informationen über die einzelnen Teilbaustellen anbringen.³⁰¹ Die Dorfzeitschrift der Gemeinde Däniken, die

²⁹⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll Baukommission vom 10. 1. 1974.

²⁹⁹ Der Däniker Gemeinderat schickte Einladungen an sämtliche Däniker Haushalte, worauf rund hundert Personen aus Däniken an den beiden Besichtigungstagen teilnahmen. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 123).

³⁰⁰ SWA, H+I Bi 905 (Bro), Geschäftsbericht Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (1976), 7.

³⁰¹ Dem Geschäftsbericht der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG von 1975 zufolge haben in diesem Jahr «annähernd 30'000 Personen den Informationspavillon und die Baustelle besichtigt». Vgl. SWA, H+I Bi 905 (Bro), Geschäftsbericht Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (1975), 6. Die ständige Ausstellung und Werksführungen sind auch heute noch das wichtigste Standbein der Öffentlichkeitsarbeit der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG). Gemäss Auskunft der KKG haben seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks

1974 zum ersten Mal erschien, wurde fortan als Plattform genutzt, um Werbung für den Besucherpavillon zu machen und über die Fortschritte der Bauarbeiten zu informieren.³⁰² Im Dezember 1974 führte die KKG dann auf der Baustelle zum ersten Mal einen «Tag der offenen Tür» durch.³⁰³ Insgesamt wurden in den 1970er-Jahren acht solche Tage durchgeführt, an denen nach Angaben der KKG rund 9300 Personen teilgenommen haben sollen.³⁰⁴

Die Reaktion seitens der ATEL und der KKG beschränkte sich aber nicht auf die Intensivierung der Kommunikation. Als die Bauherrschaft erkannte, dass die Opposition in der Region stetig lauter wurde, versuchte sie offenbar den Baubewilligungsprozess für das Kernkraftwerk Gösgen zu beschleunigen. Möglicherweise erhoffte man sich ein Verebben des Widerstandes, sobald durch den Baubeginn Tatsachen geschaffen worden wären. Der Solothurner Alt-Regierungsrat Alfred Wyser schildert in seiner Darstellung der damaligen Kontroversen, wie Charles Aeschimann, der Delegierte des ATEL-Verwaltungsrats, beim Solothurner Regierungsrat vorsprach, um eine «vorzeitige Besitzeseinweisung» zu verlangen. Dies hätte den Projektanten erlaubt noch vor dem definitiven Entscheid über die Baugesuchseinsprachen mit den Bauarbeiten am Atomkraftwerk zu beginnen. Obwohl eine solche Massnahme rechtlich gesehen offenbar möglich gewesen wäre, habe der Regierungsrat zum grossen Missfallen Aeschimanns das Begehr der ATEL aus politischen Gründen abgelehnt, so Wyser.³⁰⁵ Nichtsdestotrotz trieb die Bauherrschaft das Projekt zu Beginn des Jahres 1973 voran. Im Januar 1973 bestellte man bei der Kraftwerkunion den Reaktor für das geplante AKW und tätigte damit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe, obwohl erst im November 1973 die letzten Einsprachen gegen das Baugesuch abgewiesen werden sollten.³⁰⁶ Es scheint, als wären sich die Verantwortlichen der Bauherrschaft ihrer Sache sehr sicher gewesen oder aber man habe damit versucht, vollendete Tatsachen zu schaffen, die für zusätzlichen Druck auf die Entscheidungsträger sorgen sollten.

Gösgen bereits mehr als 750'000 Personen an einer Betriebsführung teilgenommen.

³⁰² Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 2 (1974) und 5 (1975).

³⁰³ Gemäss einem Bericht in der Däniker Dorfzeitschrift «Däniker Spate» seien damals «trotz schlechten Wetters» dreihundert Personen der Einladung auf die Baustelle gefolgt. Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 2 (1974).

³⁰⁴ SWA (wie Anm. 118), 25.

³⁰⁵ Wyser (wie Anm. 37), 39 f. Wyser betont, dass dies die «einzige Misshelligkeit [war], die in alle den Jahren das Klima der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Bauherrschaft getrübt hatte». Wyser (wie Anm. 37), 40.

³⁰⁶ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 76).

4.5.2. Reaktionen des Däniker Gemeinderats

Auch bei den Däniker Behörden pochte die Bauherrschaft auf eine schnelle Erledigung des Bewilligungsprozesses. In verschiedenen «Schreiben und Gesuchen» drängte die ATEL der Baukommission zufolge darauf, die Arbeiten am Atomkraftwerk aufnehmen zu können.³⁰⁷ Dabei wäre man offenbar auch bereit gewesen, über fehlende Bewilligungen hinwegzusehen. In einem internen Positionspapier der Gemeinde Däniken, das die Zusammenarbeit zwischen der Baukommission, dem Gemeinderat und der Bauherrschaft regelte, findet sich ein entsprechender Hinweis darauf: «Die Bauherrschaft hat unter Beweis gestellt, dass sie mit allen Mitteln ihr Ziel zu erreichen sucht. Man wäre auch bereit gewesen, gesetzliche Voraussetzungen zu übergehen (siehe z.B. Wasserrechtsbewilligungen). Die Bauherrschaft wie die Gemeinde (auch die Baukommission) möchte das gleiche Ziel erreichen; auf dem Gemeindegebiet soll rasch der Bau eines Kernkraftwerkes möglich werden. Wie es nun den Anschein macht, sind die Wege zu diesem Ziel nicht immer ganz parallel. Für die KWG [= KKG, A.d.V] steht ausschliesslich die Erreichung dieses Ziels im Vordergrund, für die Gemeinde kann es nur den gesetzlich einwandfreien, geraden Weg geben; der leider oftmals vom Augenblick aus betrachtet etwas kompliziert aussieht, für die Zukunft aber am einfachsten sein wird.»³⁰⁸

Weitere Hinweise auf gesetzeswidrige Forderungen seitens der Bauherrschaft konnten in den Akten der Gemeinde Däniken nicht gefunden werden. Da es sich beim zitierten Papier um ein vertrauliches internes Dokument handelt, kommt den Aussagen aber eine gewisse Glaubwürdigkeit zu. Dem Dokument ist weiter zu entnehmen, dass man seitens der Gemeinde Däniken der ATEL als «mächtigem Partner» durchaus ein gewisses Misstrauen entgegenbrachte. «Wir sind der Ueberzeugung, dass es naiv wäre zu glauben, dass uns viel geschenkt wird.» Gleichwohl war die Gemeinde Däniken bereit, dem Wunsch der KKG nach einer schnellen Bearbeitung des Baugesuchs nachzukommen: «Die Bauherrschaft erhält auch eine Vorzugsbehandlung, dies aber nur soweit es die rasche Behandlung der Geschäfte betrifft.» Im Gespräch räumt der damalige Baupräsident der Gemeinde Däniken heute denn auch ein, dass die Behörden beim Bewilligungsverfahren für das Kernkraftwerk Gösgen pressiert

³⁰⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Gemeindekanzlei, Ordner «Kernkraftwerk II, ab März 1973», Kernkraftwerk bewilligung. Arbeitskonzeption – Vorschlag der Baukommission, 1.

³⁰⁸ Ebd., 2.

hätten.³⁰⁹ Der Grund dafür sei die wachsende Opposition in Kaiser-augst und die damit verbundene Verzettelung des dortigen Projekts gewesen. Die Däniker Behörden wollten demnach vermeiden, dass es auch im Niederamt zu ähnlichen Verzögerungen auf Grund des regionalen Widerstands kommen würde. Dies hätte nach der Ansicht Brühlmeiers die Ressourcen der Gemeindebehörden auf Jahre hin-aus stark absorbiert. Dank der zügigen Bearbeitung der Geschäfte im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Gösgen hätten sich die Däniker Behörden nun aber bald wieder ihren anderen Aufgaben zuwenden können. Die Bereitschaft der Däniker zur raschen Behandlung des Gesuches scheint demzufolge direkt mit der aufkommenden regionalen Opposition zusammengehangen zu haben.

In den Protokollen des Gemeinderates wird der Widerstand gegen das geplante Atomkraftwerk interessanterweise kaum erwähnt. Ein-mal nimmt ein Gemeinderatsmitglied Anstoss an «tendenziösen Zuschriften», ein andermal wird über «Tumulte» an einer Ver-sammlung der Gegnerschaft berichtet.³¹⁰ Ansonsten konnten in den untersuchten Protokollen keine Verhandlungen über die Opposition gefunden werden. Es gibt aber an anderen Stellen verschiedentlich Hinweise auf die Sichtweise des Gemeinderats. Demnach nahm der Rat den Widerstand als von aussen herangetragen wahr, während man die eigene Bevölkerung klar hinter sich wähnte. Diesen Anschein erwecken die Klagen über die Einflussnahme der Gegnerschaft auf die Einwohnerinnen und Einwohner Dänikens, die mehrfach erhoben wurden. So stellte der Gemeindeammann beispielsweise an der Gemeindeversammlung im Dezember 1972 fest, dass «in allerletzter Zeit (...) unsere Bevölkerung von aussen aufgestachelt» worden sei.³¹¹ Diese Sichtweise wird auch in der Medienmitteilung der Gemeinde aus dieser Zeit wiedergegeben. «Im Hinblick auf unsere Gemeindeversammlung vom 11. Dezember wurde von verschiedener Seite zum Frontalangriff geritten und unsere Bevölkerung – die sich über-wiegend ruhig und unpolemisch verhält – aufgestachelt.»³¹² Auch das damalige Gemeinderatsmitglied Werner Brühlmeier sprach im Inter-view mehrfach vom Widerstand, der «von aussen» in die Gemeinde hineingetragen worden sei.³¹³ Als Reaktion rief der Gemeinderat im Zusammenhang mit dem aufkommenden Widerstand immer wieder

³⁰⁹ Brühlmeier (wie Anm. 98).

³¹⁰ Vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle des Gemeinderats vom 29.6.1970 und 21.5.1973.

³¹¹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 230).

³¹² Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 236).

³¹³ Brühlmeier (wie Anm. 98).

dazu auf, Ruhe zu bewahren. Man wolle «den Gemeindefrieden nicht von aussen stören lassen».³¹⁴ Im Gemeinderat herrschte jedoch Uneinigkeit darüber, wie man den Anfeindungen der Pro Niederamt begegnen solle. Auf der einen Seite warte die Gegnerschaft nur auf eine Reaktion, und wenn man sich zu fest auf eine Diskussion einlasse, komme man «nie an ein Ende».³¹⁵ Auf der anderen Seite sei eine «sachliche Aufklärungsarbeit» zumindest in der Gemeinde notwendig. Schlussendlich beschloss der Gemeinderat im Mai 1973, auf die Vorwürfe der Pro Niederamt an seine Adresse nicht zu reagieren. Man müsse «in erster Linie innerhalb der Gemeinde präsent sein» und könne sich dann im Rahmen der Gemeindeversammlung «rechtfertigen», fasste der Ammann die beschlossene Haltung zusammen.³¹⁶

Zumindest in der Medienmitteilung der Gemeinde Däniken, die im Dezember 1972 veröffentlicht wurde, finden sich aber Reaktionen auf die öffentliche Opposition, denen es an der geforderten Ruhe eher zu fehlen schien. In angriffigem Stil richtete sich der Verfasser darin gegen die Kritiker des Atomkraftwerks: «Die ausserkantonale Einmischung von Unterentfelden hat also das Gegenteil bewirkt. Auch die Beschwerdeargumentation des Gemeinderates Schönenwerd und eines dortigen Committees [sic] steht auf tönernen Füssen. Sie läuft auf ein hinlänglich bekanntes ausgefahrenes Geleise hinaus, womit lediglich noch Verzögerungen und Verteuerungen verursacht werden könnten. Schönenwerd muss sich auch nicht von Steuergeldern verködern lassen. Hier wohl wissend, dass es einen solchen Zustupf nicht nötig hat, wird es bei logischer Handlungsweise darauf verzichten».³¹⁷

Schönenwerd war damals neben Lostorf die einzige Gemeinde, deren Gemeinderat sich grundsätzlich gegen das geplante Atomkraftwerk aussprach.³¹⁸ Der Widerstand wurde den zitierten Zeilen nach auch darauf zurückgeführt, dass die Gemeinde als Standort einer überregional bedeutenden Schuhfabrik nicht auf die Steuereinnahmen des AKWs angewiesen sei und sich daher eine Ablehnung des Werks leisten könne. Seltsamerweise wird mit der gewählten Formulierung nicht nur gefordert, dass Schönenwerd auf Grund seines Widerstands konsequenterweise auf die Einnahmen aus dem Steuerverteiler verzichten müsse, sondern gleichzeitig auch der Darstellung

³¹⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 230).

³¹⁵ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 227).

³¹⁶ Ebd..

³¹⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 236).

³¹⁸ Vgl. Einspracheschrift EWG Schönenwerd: Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 237).

der Opposition Vorschub geleistet, wonach die Steuerzahlungen als Bestechung der Gemeinden zu verstehen seien.

In der Medienmitteilung wurden darüber hinaus auch mehrere Einwohnerinnen und Einwohner Dänikens, die sich an der Versammlung zu Wort gemeldet hatten, namentlich erwähnt und ihre Anliegen als haltlos dargestellt: «Fräulein Kellerhals konnte keine Anhänger gewinnen mit dem Aufzählen aller möglichen Gefahren sowie dem Hinweis, das Kernkraftwerk werde von der Hochfinanz für die Industrie erbaut. Offenbar hat der Manuscriptschreiber von den Partnern des Konsortiums [sic] nie Kenntnis erhalten. Auch ist bekannt, dass der Schwerpunkt der Energieverbrauchszunahme mit jährlich etwa 6 % eindeutig beim privaten Gebrauch liegt. (...) In der Folge stellte Frau Marrer einen schriftlichen Antrag in Aussicht, es sei in den allernächsten Tagen eine Orientierungsversammlung mit konsultativer Abstimmung abzuhalten. Im Bewusstsein, dass sich jeder Orientierungswillige – die auswärtigen Gegner nehmen sowieso nicht teil – ausreichlich ins Bild setzen konnte, wurde der weitere Vorschlag es sei nichts zu unternehmen, mit dem Stimmenverhältnis von 3:1 von der Versammlung vorgezogen.»³¹⁹

Auch wenn sich die Kritiker im Dorf bewusst sein mussten, dass sie sich mit ihrem öffentlich vorgetragenen Widerspruch exponieren würden, erscheint ihre namentliche Nennung in einer behördlichen Medienmitteilung aus heutiger Sicht doch eher unverhältnismässig. Dieses Vorgehen lässt sich mit den Darstellungen von Elisabeth Marrer in Einklang bringen, wonach sie sich als Gegnerin in Däniken damals nicht ernst genommen gefühlt habe und das Gefühl hatte, sie werde im Dorf auf Grund ihrer Anliegen belächelt. Auch wenn sich heute wenig schlüssige Belege für vorhandene Konflikte finden lassen und es im Dorf nach Aussagen der befragten Personen nicht zu offenen Auseinandersetzungen kam, scheint die Stimmung im Dorf in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre von Missstimmung und Unruhe geprägt gewesen zu sein. Einen Hinweis darauf liefert auch der Artikel eines Primarlehrers, der 1977 in der Däniker Dorfzeitung veröffentlicht worden war. Darin befasst sich dieser mit der Frage, warum sich immer weniger Leute an der kommunalen Politik beteiligten. Er führt neun Thesen an, warum immer mehr Stimmbürger der Gemeindeversammlung fernbleiben und schreibt dabei unter anderem: «6. Abstempelung: Habe ich etwas gegen KKWs gesagt? Dann bin ich also ein Marxist, mit dem man sowieso nicht diskutiert.»

³¹⁹ Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 236).

tiert? Es ist heute allgemein gefährlich, in einer Sache zufällig der gleichen Meinung wie die Linken zu sein, und schon wird man ihnen zugerechnet».³²⁰ Zumindest unterschwellig gab es im Dorf offenbar durchaus Animositäten, die durch das AKW-Projekt ausgelöst worden waren.

4.6. Epilog: Betriebsaufnahme trotz Widerstand

4.6.1. Gösgen im Visier der Anti-AKW-Bewegung

Mit dem Baubeginn im Herbst 1973 legte die Pro Niederamt ihre Aktivitäten gegen das Kernkraftwerk Gösgen nieder. Alle rechtlichen Mittel im Kampf gegen das AKW waren ausgeschöpft worden, und die Pro Niederamt hatte ihr Ziel trotzdem nicht erreicht. Für einige Jahre kehrte damit in der Region Ruhe ein. Zur selben Zeit rückte die Kontroverse um das geplante AKW in Kaiseraugst immer stärker ins Zentrum der schweizerischen Aufmerksamkeit. Im November 1973 war mit der Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK) eine neue Widerstandsvereinigung gegründet worden, die in den Auseinandersetzungen der darauffolgenden Jahre eine zentrale Rolle spielen sollte. Die GAK hatte sich dem «Kampf um mehr Basisdemokratie» und um eine «ökologischere Gesellschaft» verschrieben und setzte zur Erreichung ihrer Ziele auf die Methode des gewaltfreien Widerstands.³²¹

In den ersten zwei Jahren ihres Bestehens gewann sie in der Region zusehends Rückhalt und erregte mit unkonventionellen Aktionen öffentliche Aufmerksamkeit. Nachdem die GAK bereits zum Ende des Jahres 1973 einen «Probe-Hock» auf dem Baugelände des geplanten AKWs durchgeführt hatte, besetzten im Frühjahr 1975 mehrere hundert GAK-Aktivisten das Areal und machten das Kernkraftwerk Kaiseraugst dadurch innert kürzester Zeit zum nationalen Politikum. Die Aktion endete nach elf Wochen mit der Zusicherung der Bauherrschaft für einen mehrwöchigen Bauunterbruch und Gesprächen zwischen Vertretern des Widerstands und Mitgliedern des Bundesrats. So wurde die Bauplatzbesetzung in Kaiseraugst zum «Inbegriff des erfolgreichen ausserinstitutionellen Widerstands»; Kupper bezeichnet sie gar als «Ikone der Anti-AKW-Bewegung». Die Aktion und die breite Unterstützung in der Bevölkerung hatten deutlich gemacht, dass es sich bei den AKW-Gegnern nicht nur um eine marginalisierbare Gruppe von Fortschrittsfeinden und Systemgegnern handelte.

³²⁰ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Dorfzeitschrift «Däniker Spate», 15 (1977), 6.

³²¹ Kupper (wie Anm. 2), 145 f.

Inspiriert vom Erfolg in Kaiseraugst wurden in der Folge auch in anderen Regionen «Gewaltfreie Aktionen» gegründet.³²²

In der Region Gösgen wurde im Juni 1975 die Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke Aargau/Solothurn (UeBA AG/ SO) ins Leben gerufen, die bald zu einem neuen Widerstandskern des Kampfes gegen die Atomkraftwerke wurde.³²³ Nach ihrer eigenen Darstellung gehörten «viele Streiter aus der PRO NIEDERAMT» zu den Gründungsmitgliedern der UeBA.³²⁴ Am 25. Januar 1976 rief die neue Organisation zu einer «Internationalen Informationskundgebung» nach Gösgen. An dieser forderte die UeBA gemäss einem Flugblatt ein «staatlich angeordnetes, öffentliches Hearing, unter Einchluss sämtlicher Massenmedien», mit dem Ziel, vor der Betriebsbewilligung für das Atomkraftwerk die aus Sicht der AKW-Gegner offenen Fragen öffentlich zu diskutieren.³²⁵

Erst mit dem Jahr 1977 rückte das Kernkraftwerk Gösgen dann aber ganz in den Fokus der schweizerischen Anti-AKW-Bewegung. Im Mai 1977 wurde in der Tradition der Ostermärsche der Anti-Atomwaffen-Bewegung ein Pfingstmarsch gegen den AKW-Bau durchgeführt, der mit einer Schlusskundgebung auf dem Bauplatz des Kernkraftwerks Gösgen endete. Kriesi spricht von 4000 bis 7000 Teilnehmenden, die während dreier Tage mitmarschiert seien. Rund 12'000 Personen sollen schliesslich an der Schlusskundgebung vor dem inzwischen beinahe fertiggestellten Kernkraftwerk Gösgen teilgenommen haben.³²⁶ Obwohl die Verantwortlichen den Anlass als Erfolg werteten, war der Pfingstmarsch gleichzeitig die «letzte ‹Einheitsaktion› der schweizerischen AKW-Gegner», bevor die Bewegung, uneinig über das weitere Vorgehen und die zu wählenden Mittel, endgültig in verschiedene Lager zerfiel.³²⁷

Im Rahmen der Schlusskundgebung des Pfingstmarsches, die von der UeBA AG/SO mitorganisiert worden war, wurde die Gründung eines Schweizerischen Aktionskomitees gegen das Atomkraftwerk Gösgen (SAG) beschlossen, «um sicherzustellen, dass auch etwas getan wird» gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gösgen.³²⁸ Am 18. Juni 1977 wurde das SAG dann in Olten aus der Taufe gehoben, wobei die «Koordinationsgruppe» «weitgehend identisch» war mit

³²² Kupper (wie Anm. 2), 146 f.

³²³ Kriesi (wie Anm. 11), 36.

³²⁴ SOZARCH (wie Anm. 3), 21.

³²⁵ SOZARCH, Ar 201.130.3, Flugblatt «Internat. Informationskundgebung», 25. 1. 1976.

³²⁶ In der «Gösge Ziitig» ist die Rede von 10'000 Teilnehmenden. Vgl. SOZARCH (wie Anm. 254), 5.

³²⁷ Kriesi (wie Anm. 11), 39.

³²⁸ SOZARCH, Ar 201.130.3, Flugblatt mit Gründungsaufruf SAG, verm. Mai 1977.

dem Organisationskomitee des Pfingstmarschs.³²⁹ Innerhalb des SAG dominierten gemäss Kriesi die sogenannte «Fortschrittlichen», die im Gegensatz zu den «Gemässigten» eine Weiterverfolgung der Ziele mithilfe von «direkten, gewaltfreien Aktionen» forderten.³³⁰ Dementsprechend machte sich das SAG daran, die Besetzung der Zufahrtswege zum Kernkraftwerk Gösgen vorzubereiten. Diese Aktion war bereits am 2. Juni 1977 an einer sogenannten «Vollversammlung»³³¹ beschlossen worden, da im Gegensatz zu Kaiseraugst das Baugelände in Gösgen auf Grund der vorhandenen Sicherheitsvorkehrungen nicht mehr besetzt werden konnte. Mit der Besetzung der Zufahrtswege wollten die AKW-Gegner die Anlieferung der Brennstäbe verhindern, frei nach dem Motto «Keine Brennstäbe, kein AKW».³³² In der Folge kam es am 25. Juni 1977 und am 2. Juli 1977 zu zwei Besetzungsversuchen, die jedoch von einem grossen Polizeiaufgebot unter Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Hartgummigeschossen vereitelt wurden. Das Vorgehen der Polizeieinheiten führte in der Woche nach der ersten Aktion in zahlreichen Städten der Schweiz zu Protestkundgebungen.³³³

4.6.2. Däniken und die neue Gegnerschaft

In Däniken zeigte man sich ob der Aktivitäten der AKW-Gegner beunruhigt. In einer Medienmitteilung vom 21. Juni 1977 übte die Gemeinde scharfe Kritik an den Vorgängen im Dorf: «Soll Däniken in seiner Ruhe und Besonnenheit gestört werden? Fremde Elemente, KKW-Gegner, machen von sich reden. Dabei ist nicht zu erkennen, dass die Aktion System hat. Es geht nur vordergründig ums Kernkraftwerk, bestimmte Gruppen – stets anonym – benützen es als Vorwand, um die Gewalt und den Umsturz zu üben. Der Gemeinderat Däniken distanziert sich von allen ins Dorf hinein getragenen Aktionen und von bewusst irreführenden und unwahren Schriftstücken».³³⁴ Insbesondere verwehrte sich der Gemeinderat gegen die Darstellung der AKW-Gegner, wonach die Baubewilligung nicht rechtmässig

³²⁹ In der «Gösge Ziitig» ist die Rede von 10'000 Teilnehmenden. Vgl. SOZARCH (wie Anm. 254), 8.

³³⁰ Kriesi (wie Anm. 11), 37. Die Unterscheidung zwischen «Gemässigten» und «Fortschrittlichen» ist zeitgenössisch und wurde zum ersten Mal im Rahmen der Spaltung der GAK im Sommer 1975 verwendet.

³³¹ An der Vollversammlung stimmte die Masse der versammelten AKW-Gegner als eine Art parodemokratisches Organ über das weitere Vorgehen ab und erteilte so den Aktionen der Koordinationsgruppe eine Art moralische Legitimität.

³³² SOZARCH (wie Anm. 254), 8.

³³³ Kriesi (wie Anm. 11), 38.

³³⁴ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle der Gemeindeversammlung, Medienmitteilung Gemeindeversammlung vom 21.6.1977.

verlaufen sei.³³⁵ In der Medienmitteilung wird betont, dass man die Gegner des Werkes respektiere, dass aber die «beabsichtigten Aktionen (...) mit einer kritischen Gegnerschaft nichts mehr gemeinsam» hätten. «Wir sind ein friedliches Dorf und rufen die Bevölkerung auf, weiterhin den gesunden Menschenverstand und die Ruhe zu wahren und kritisch und intelligent abzuwägen.» An der Däniker Gemeindeversammlung vom 29. Juni, also in der Woche zwischen den zwei Besetzungsversuchen, rief der Gemeindeammann die Bevölkerung dazu auf «sich nicht provozieren zu lassen» und dankte gleichzeitig für die «bewahrte Ruhe». «Ungutes kommt auf uns zu, falls die Eskalation weitergetrieben wird», prophezeite Gemeindeammann Hagmann. Dabei erregten bei den Vertretern der Gemeinde Däniken offenbar vor allem auch die staatsfeindlichen Tendenzen gewisser Teile der Anti-AKW-Bewegung Anstoss. Der Gemeindeammann zitierte an der Versammlung klassenkämpferische Aussagen aus einer Publikation der Gegner³³⁶ und beklagte sich über die betriebene «Lügenpropaganda und Verdrehung». Ein anderes Mitglied des Gemeinderats wies darauf hin, dass es sich bei den Gegnern nicht um Bürger handle «wie wir es hier sind. Der Feind ist mitten unter uns». Ein besorgter Einwohner Dänikens verglich die Situation mit den Eskalationen im durch die Autonomiebewegung zerrütteten Berner Jura und fügte an, dass «die ins Dorf getragenen Aktionen (...) ganz schlechte Vorbilder für die Jugend» seien.³³⁷ Die «Sorge um unsere Dorfgemeinschaft» habe ihn schliesslich dazu bewogen, eine Resolution «Gegen die Blockade des KKW Gösgen» zu verfassen. Diese Resolution wurde in der darauffolgenden Abstimmung von der Däniker Gemeindeversammlung «ohne Gegenstimme angenommen» und darauf hin über die regionale Presse veröffentlicht. Im Resolutionstext wird betont, dass die Aktionen «von Elementen ausserhalb unserer Region gesteuert» seien und das Aktionskomitee «weder im Sinne noch im Auftrag der überwiegenden Mehrheit unserer einheimischen Bevölkerung» handle. Letztere wurde einmal mehr dazu aufgerufen «sich nicht durch Auswärtige unbesonnen in rechtswid-

³³⁵ Um dies zu belegen, verfasste die Gemeinde Däniken im Juli 1977 den «Chronologischen Ablauf Bewilligungsverfahren», aus dem in der vorliegenden Arbeit bereits zitiert wurde (vgl. Archiv Einwohnergemeinde Däniken (wie Anm. 90)). Der fünfzehnseitige Bericht wurde gemäss einer Medienmitteilung an «Behörden, Presse, Radio, Fernsehen, umliegende Gemeinden, Schulen sowie den gegnerischen Komitees» verschickt. Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokolle der Gemeindeversammlung, Medienmitteilung Gemeindeversammlung vom 18. 7. 1977.

³³⁶ Dabei scheint es sich um die in dieser Arbeit ebenfalls erwähnte «Gösge Ziitig» zu handeln.

³³⁷ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll der Gemeindeversammlung vom 29. 6. 1977.

rige Aktionen hineinziehen zu lassen». Das Eingreifen «auswärtiger Besetzer» werde als «unerwünscht und illegal» erachtet.

Die heftige Reaktion der Gemeinde Däniken auf die Ereignisse im Sommer 1977 ist bemerkenswert. Offenbar weckten die Aktionen der AKW-Gegner bei den Vertretern der Gemeinde Däniken heftige Emotionen und Ängste. Wie bereits im Zusammenhang mit der Opposition im Jahre 1973 wurden auch in der Reaktion auf diese Widerstandsaktivitäten vor allem zwei Aspekte besonders hervorgehoben. Einerseits wird mehrfach unterstrichen, dass sich der Gemeinderat darum bemüht habe «richtig zu entscheiden»³³⁸ und dass der Baubewilligungsprozess vorschriftsgemäss abgewickelt worden sei. Andererseits wird auch hier wieder an zahlreichen Stellen darauf hingewiesen, dass die «überwiegende Mehrheit der einheimischen Bevölkerung» das Kernkraftwerk Gösgen befürworte und der Widerstand gegen das AKW von «außen» herangetragen werde. Zumindest letzteres scheint für den aktivistischen Widerstand in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre zu stimmen. Die radikalierte Gegnerschaft stiess mit ihren Zielen und Methoden in breiten Kreisen der Bevölkerung auf wenig Verständnis.³³⁹

4.6.3. Das Ende des Widerstands

Nach den gescheiterten Besetzungsversuchen beschloss das SAG Mitte August 1977 an einer weiteren Vollversammlung, auf weitere Besetzungsversuche in Gösgen zu verzichtet. Mit dem Ende des Sommers 1977 bewegte sich damit der Fokus der Aktionen der Schweizerischen Anti-AKW-Bewegung von Gösgen weg und richtete sich stärker auf das AKW-Projekt in Graben.³⁴⁰ Der Zenit des Widerstands gegen das Kernkraftwerk Gösgen war damit überschritten. «Gösgen» geriet aber auch in den folgenden Jahren in Zusammenhang mit Widerstandsaktionen von AKW-Gegnern noch einige Male in die Schlagzeilen. Im März 1978 erhob das Untersuchungsrichteramt Olten-Gösgen gegen fünf Exponenten des SAG Anklage «wegen Gewalt und Drohung gegen Behörde und Beamte» im Rahmen der Besetzungsversuche und verurteilte dann im Herbst desselben Jahres vier von ihnen zu Bussen zwischen 500 und 800 Franken.³⁴¹ Ende der 1970er-Jahre verübten ausserdem radikalierte AKW-Gegner

³³⁸ Archiv Einwohnergemeinde Däniken, Protokoll der Gemeindeversammlung vom 21. 6. 1977.

³³⁹ Vgl. auch Marrer (wie Anm. 251).

³⁴⁰ Kriesi (wie Anm. 11), 38.

³⁴¹ Boos (wie Anm. 3), 96.

mehrfach Anschläge auf Ziele in der Region und führten verschiedentlich gegen die «Atom-Lobby» gerichtete Aktionen durch. Die Chronik der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie führt unter anderem eine einstündige Blockierung der Zufahrtsstrasse zum Kernkraftwerk Gösgen im Oktober 1977 an und erwähnt zwei «Anschläge auf den Eisenbahnverkehr», wobei sich letztere wohl gegen die unbefahrenen Anschlussgleise des AKWs gerichtet haben dürften. Am 4. Oktober 1978 hinterliess ein Brandanschlag auf den Informationspavillon des Kernkraftwerks Gösgen nach Angaben der KKG einen Sachschaden von 150'000 Franken.³⁴² Gleichtags besetzte eine Gruppe AKW-Gegner während einer halben Stunde Büroräumlichkeiten der ATEL in Olten.³⁴³ Rund ein Jahr später, am 20. Oktober 1979, wurde ein Sprengstoffanschlag auf einen Meteomast in der Nähe des Atomkraftwerks verübt.³⁴⁴ Im Frühjahr 1980 erfolgte dann ein letzter Versuch der UeBA AG/SO mit einer Beschwerde an das Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartement (EVED), den Betrieb des Kernkraftwerks Gösgen zu stoppen. Das Werk hatte zu diesem Zeitpunkt bereits den Betrieb aufgenommen. In diesem Zusammenhang wurden schliesslich die bereits 1976 geforderten «Hearings» durchgeführt, ohne jedoch eine Veränderung der Positionen zu bewirken. Schlussendlich beschloss der Bundesrat auf die eingereichte Beschwerde nicht einzutreten.³⁴⁵

So blieb am Ende jeder Widerstand gegen das Kernkraftwerk Gösgen erfolglos. Das Werk nahm im Februar 1979 den Probebetrieb auf, im November 1979 erteilte das EVED der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG eine uneingeschränkte Betriebsbewilligung. Damit wurde in der Schweiz zum ersten Mal ein AKW in Betrieb genommen, gegen das die Anti-AKW-Bewegung gekämpft hatte. Gleichzeitig ist es bis heute das zweitletzte AKW-Projekt, das in der Schweiz realisiert werden konnte. Nach der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Leibstadt im Jahr 1984 wurden alle weiteren Projekte eingefroren oder aufgegeben, bevor dann mit der Annahme der Initiative «Stopp dem Atomkraftwerkbau» im September 1990 ein zehnjähriges Moratorium begann. Eine Verlängerung dieses Moratoriums scheiterte dann aber im Mai 2003 an der Urne, womit heute neue AKW-Projekte wieder denkbar wären. Die ATEL hat denn auch unlängst ihre Pläne zum Bau einer zweiten Anlage in unmittelba-

³⁴² SWA, H+I Bi 905 (Bro), Geschäftsbericht Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (1978), 11.

³⁴³ Schweizerische Vereinigung für Atomenergie: Basisdokumentation Kernenergie in der Schweiz. www.nuklearforum.ch/_upl/files/Chronik_dt_fr_bis_1999.pdf, 4.3.2008, 45.

³⁴⁴ Ebd., 56.

³⁴⁵ Kriesi (wie Anm. 11), 60.

rer Nachbarschaft zum bereits bestehenden Kernkraftwerk Gösgen bekannt gegeben und am 9. Juni 2008 ein Standortbewilligungs-gesuch eingereicht. Damit ist die Diskussion um die AKWs in der Schweiz – wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen – neu lanciert und man darf auf die Reaktionen in der Region gespannt sein.

5. Abschliessende Betrachtungen

Die vorliegende Untersuchung hat einerseits zum Ziel, die Positionen und Handlungen des Däniker Gemeinderats im Zusammenhang mit dem AKW-Projekt in Gösgen nachzuvollziehen und andererseits die Reaktionen der regionalen Bevölkerung auf das Projekt aufzuzeigen. Nachfolgend sollen nun die Hauptresultate der Untersuchung zusammengefasst werden. Die Erkenntnisse werden nach Akteuren geordnet aufgeführt. Zuerst wird auf die Haltungen und Spielräume des Däniker Gemeinderats eingegangen. Dann werden die Reaktionen der regionalen Bevölkerung zusammengefasst, wobei vor allem darauf eingegangen wird, warum der regionale Widerstand aus heutiger Sicht von vorherein aussichtslos war. Schliesslich sollen auch einige Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Bauherrschaft des Kernkraftwerks Gösgen zur Sprache kommen. Diese gehen zwar über die Beantwortung der eingangs formulierten Fragen hinaus, scheinen aber für das Verständnis der Gesamtsituation wichtig.

5.1. Haltung und Spielräume des Gemeinderats

Die Däniker Behörden waren klare Befürworter des Kernkraftwerks Gösgen. Im Gemeinderat war man von der Notwendigkeit und der Sicherheit der Atomtechnologie überzeugt. Diese Überzeugung nährte sich nicht zuletzt aus den Informationen, die sich der Gemeinderat aufwändig beschaffte. Der Gemeinderat besuchte auf mehreren Reisen bereits vollendete Atomkraftwerke und Kühlturmanlagen, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Daneben nahmen Mitglieder des Gemeinderats mehrfach an Fachtagungen zu Fragen der Atomtechnologie teil. Dies ist vor allem darum bemerkenswert, weil die Frage der nuklearen Sicherheit im Bewilligungsprozess eigentlich Sache der eidgenössischen Behörden war und die Behörden der Gemeinde Däniken gar keine diesbezüglichen Entscheidungen zu treffen hatten. Offenbar war der Gemeinderat aber bestrebt, über die rein rechtliche Verantwortung im Rahmen der ihm obliegenden Überprüfung der